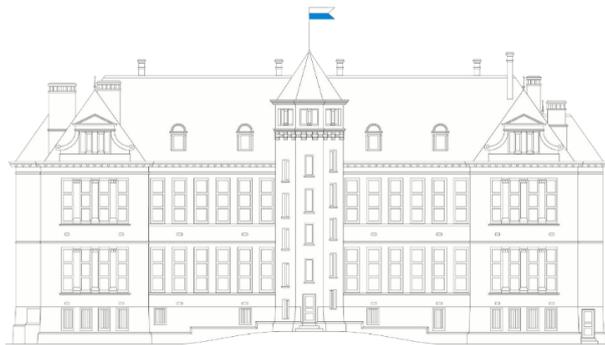


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT	8
DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT	8
Videokonferenz des Europäischen Rates am 29.10.2020 zur Coronavirus-Pandemie	8
EUROPÄISCHES PARLAMENT	8
Miniplenum des Europäischen Parlaments vom 11.11.2020. - 13.11.2020	8
INSTITUTIONELLES.....	10
Europäischen Kommission: Personalentscheidungen für die „Recovery & Resilience Task Force“, das Kommunikations- und Presseteam <i>von der Leyens</i> sowie die „Migration Management Task Force“	10
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN	10
Europas Reaktion auf die US-Präsidentenwahlen.....	10
Belarus: Rat verhängt Sanktionen gegen <i>Alexander Lukaschenko</i>	11
MEDIEN	11
Online-Plattformen legen Berichte zu Desinformation über COVID-19 vor	11
STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION	13
COVID-19.....	13
Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI.....	13
TERRORISMUS	13
Deutschland, Österreich, Frankreich und Niederlande beraten zur Bedrohungslage durch den Terrorismus.....	13
INNERE SICHERHEIT	14
EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres	14
BEKÄMPFUNG VON KINDESMISSBRAUCH IM INTERNET	14
Rat bereit für Verhandlungen zu Übergangsverordnung.....	14
CYBERSICHERHEIT.....	15
Rat verhängt Sanktionen wegen Cyberangriffen gegen den Deutschen Bundestag.....	15
Europäische Cybersicherheitskonferenz der deutschen Ratspräsidentschaft	15
FRONTEX.....	16
Einrichtung einer Untersuchungskommission wegen Vorwurfs der Beteiligung von Frontex an illegalen Push-backs.....	16
ASYL UND MIGRATION	16
EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen unzulässiger Beschränkung des Zugangs zu Asylverfahren ein	16
INTEGRATION.....	17
Informeller Austausch zu Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf Einladung der deutschen Ratspräsidentschaft	17



ORGANISIERTE KRIMINALITÄT	17
Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	17
STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR	18
COVID-19	18
Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB	18
Rat nimmt Schlussfolgerungen für den Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehr an	18
VERKEHRSPOLITIK	19
EU-Verkehrsministerrat verabschiedet Passauer Erklärung zur Digitalisierung des Verkehrs	19
STRAßENVERKEHR	19
EuGH urteilt zur Berechnung der deutschen Lkw-Maut	19
SCHIENENVERKEHR	20
Rat und Europäisches Parlament nehmen politische Einigung zu Fahrgastrechten im Eisenbahnverkehr an	20
Kommission verweist auf Ablauf der Umsetzungsfrist für die technische Säule des Vierten Eisenbahnpakets	20
LUFTVERKEHR	21
Kommission führt Befragung zum Verordnungsvorschlag zum einheitlichen europäischen Luftraum durch	21
Kommission führt Befragung zur Durchführungsverordnung über Anforderungen an die Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen durch	21
BAUEN UND WOHNEN	22
EuGH-Generalanwalt sieht Verstoß gegen EU-Vergaberichtlinie bei direkter Vergabe eines Mietvertrags für ein noch nicht errichtetes Gebäude	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im zweiten Quartal 2020 in der EU	22
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2020 in der EU	22
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ	23
Rat nimmt Standpunkt zur Richtlinie über Verbandsklagen an	23
Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet – Rat bereit für Verhandlungen zu Übergangsverordnung	23
Kommission startet öffentliche Konsultation zu nachhaltiger Unternehmensführung	23
Rat verabschiedet neue Vorschriften zur Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit bei der Beweisaufnahme und der Zustellung von Schriftstücken	24
Europäische Staatsanwälte aus Deutschland und Italien zu Stellvertretern der Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt	24
Ratsschlussfolgerungen zur Politik des geistigen Eigentums	24
Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	25



Generalanwalt am EuGH: Keine automatische Ablehnung der Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus Polen	25
Kommission leitet nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit ein	26
Vertragsverletzungsverfahren gegen Irland wegen Nichteinhaltung der Fristen beim Europäischen Haftbefehl	26
Kommission veröffentlicht Evaluierung der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt	26
EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres	27
CEPEJ veröffentlicht Evaluierungsbericht der Europäischen Justizsysteme 2020 (Daten aus 2018)	27
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST	28
KULTUR	28
Chemnitz wird Kulturhauptstadt Europas 2025	28
FORSCHUNG	28
Europäischer Forschungsrat vergibt Synergy Grants	28
Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz zum langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 sieht Aufstockung für Forschung, Bildung und Kultur vor.....	29
Kommission fördert Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich mit insgesamt 636 Mio. €.....	29
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT	31
Kommission legt Herbstprognose vor und erwartet wegen Wiederaufflammen der Pandemie eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung.....	31
EU-HAUSHALT	31
Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz	31
Rechtsstaatlichkeitsmechanismus im langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz.....	32
Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Ausschüsse des Europäischen Parlaments nehmen Standpunkt zum Kern des Corona-Wiederaufbauinstruments an.....	32
EU-Jahreshaushalt 2021: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Standpunkt an und setzt seinen Schwerpunkt bei nachhaltiger Erholung von der Pandemie	33
Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission zahlt erste 17 Mrd. € aus und platziert EU-Sozialanleihen am europäischen Kapitalmarkt	34
STEUER.....	34
Besteuerung der digitalen Wirtschaft: Parlamentsausschuss debattiert mit Kommission und OECD den Stand der geplanten Reform.....	34
Kommission möchte die Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen überprüfen und nimmt dazu Rückmeldungen entgegen	35
EuGH-Generalanwältin: Ernährungsberatung in Fitnessstudio könnte unter Umständen von der Mehrwertsteuer befreit sein	35



WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION	36
Haushaltsdefizit im Euroraum: Pandemie verursacht Rekordanstieg im zweiten Quartal 2020	36
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	37
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE	37
Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz	37
Rat und Europäisches Parlament legen Standpunkte zum erneuerten Programm InvestEU fest.....	37
Kommission legt Herbstprognose vor und erwartet wegen Wiederaufflammen der Pandemie eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung.....	38
Kartellrecht: Kommission geht gegen Amazon vor	38
Staatliche Beihilfen: Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Evaluierung der EU-Beihilfevorschriften	38
Kommission startet öffentliche Konsultation zu Nachhaltiger Unternehmensführung	39
Konsultation zu delegierter Verordnung zur Änderung der Liquiditätsdeckungsanforderung für gedeckte Schuldverschreibungen	39
Folgenabschätzung zur Überarbeitung der CO ₂ -Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge	39
Folgenabschätzung zur Aktualisierung der Vorschriften zum EU-Emissionshandelssystem	40
Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten	40
Bericht des Europäischen Rechnungshofs zur Verwirklichung der Kapitalmarktunion.....	40
Europäischer Rechnungshof analysiert Unterstützung des Tourismus-Sektors durch die EU	41
TECHNOLOGIE UND INNOVATION	41
Weltraumwirtschaft: Rat nimmt Schlussfolgerungen an.....	41
Pilotprojekt Künstliche Intelligenz und Blockchain: 700 Mio. € für Risikokapitalfonds u. a. in Deutschland	41
AUßENWIRTSCHAFT.....	42
Handelspolitik: Austausch der Handelsminister	42
Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Vorläufige politische Einigung	42
WTO: Politische Einigung zur Durchsetzungsverordnung zum Schutz der Handelsinteressen der EU ...	43
WTO: EU führt Gegenmaßnahmen auf Exporte aus den USA ein	43
Kommission legt Single-Window-Initiative zu Vereinfachungen im Zollbereich vor	43
Kommission führt Überwachung der Einfuhren von Bioethanol ein	44
ENERGIE	44
Konsultation zur Überarbeitung der Umweltschutz- und Energiebeihilfen	44
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	45
UMWELT.....	45
EuGH-Urteil zur Feinstaubbelastung in Italien	45



Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie	45
Kommission veröffentlicht Fahrplan für künftige Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen	45
Vertragsverletzungsverfahren: Kommission fordert Deutschland auf, blütenreiche Wiesen besser zu schützen	46
Kommission veröffentlicht Fahrpläne zur Überarbeitung der europäischen Klimagesetzgebung.....	46
Kommission startet öffentliche Konsultation zu Nachhaltiger Unternehmensführung	47
Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zum Europäischen Klimagesetz an	47
Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030 an	48
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Listen von Oberflächen- und Grundwasserschadstoffen	48
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Richtlinie über Altfahrzeuge	49
VERBRAUCHERSCHUTZ	49
Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung geografischer Angaben bei Lebensmitteln.....	49
Beschränkungen gegen gefährliche Chemikalien in Kleidung, Textilien und Schuhen treten in Kraft.....	49
Kommission veröffentlicht Fahrplan für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021 - 2027	50
STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	51
Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung auf beschleunigte Bereitstellung von 8 Mrd. € aus Wiederaufbaufonds für Landwirtschaft und ländliche Räume	51
Europäisches Parlament stimmt über Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ab	51
Kommission veröffentlicht Fahrplan für öffentliche Konsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ..	52
Kommission veröffentlicht Fahrplan für neue EU-Forststrategie nach 2020	52
Kommission veröffentlicht Vorschlag für Verlängerung Ausnahmeregelung für Produktionsmittel im Ökolandbau	53
Kommission veröffentlicht Vorschlag für mehr Widerstandskraft durch genetische Vielfalt im Ökolandbau.....	53
Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030 an	53
Vertragsverletzungsverfahren: Kommission fordert Deutschland auf, blütenreiche Wiesen besser zu schützen	54
Globale Entwaldung stoppen: EU-Parlament fordert von Kommission verbindliche Regeln	54
STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES	55
EU-Kommission veröffentlicht Vorschlag für einen Rahmen für Mindestlöhne in Europa	55
Rat beschließt Empfehlung zur Stärkung der Jugendgarantie	55
Europäisches Parlament fordert höhere Investitionen in die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme	56
Europäische Woche für berufliche Bildung unter dem Motto #DiscoverYourTalent	56
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen veröffentlicht Gleichstellungsindex 2020	57
Europäischer Tag der Lohnleichheit: Frauen in der EU verdienen im Durchschnitt 14,1 % weniger als Männer	57



Kommission legt LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020 - 2025 vor	58
Arbeitslosenquote im September 2020 im Euroraum bei 8,3 % und in der gesamten EU bei 7,5 %	58
STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE	59
Kommission legt Maßnahmenpaket zur Stärkung der Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitskrisen vor	59
Weitere Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen Kommission und Herstellern von möglichen Coronavirus-Impfstoffen	59
Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz	60
Kommission fördert Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich mit insgesamt 636 Mio. €.....	60
Schlussfolgerungen zur Reform der Weltgesundheitsorganisation und weitere Beratungen zu COVID-19	61
Videokonferenz des Europäischen Rates am 29.10.2020 zur Coronavirus-Pandemie	62
EuGH urteilt zur Kostenerstattung für eine geplante medizinische Behandlung im Ausland.....	62
EuGH urteilt zum Recht auf Zugang zu Dokumenten aus dem Arzneimittelzulassungsverfahren	63
Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor	63
Europäisches Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten legt aktualisierte Risikobewertung zur Coronavirus-Pandemie vor	64
Rat nimmt Neufassung der Trinkwasserrichtlinie an	64
STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES	66
Bewerbung Münchens als Standort des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung	66
Studie zur Energieeffizienz von Cloud-Diensten und Rechenzentren	66
Kommission geht kartellrechtlich gegen Amazon vor.....	67



POLITISCHE SCHWERPUNKTE UND EUROPÄISCHES PARLAMENT

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Videokonferenz des Europäischen Rates am 29.10.2020 zur Coronavirus-Pandemie

Die Videokonferenz der EU-27 Staats- und Regierungschefs am 29.10.2020 war kein normales Gipfelgespräch. Es gab keine schriftlichen Vorlagen. Beschlüsse wurden keine gefasst. Im Mittelpunkt stand vielmehr der Austausch über die landesspezifischen Strategien zur Eindämmung der Corona-Pandemie (u. a. Wer hat welche Maßnahmen in seinem Land erlassen und warum? / Welche Wirkung hatten die Maßnahmen? – Stichwort: Lerneffekte) (siehe dazu auch den Beitrag des StMGP in diesem EB).

Kommissionspräsidentin *von der Leyen* appellierte an die notwendige Koordination – etwa bei den elektronischen Passagier- und Einreiseformularen sowie bei der gegenseitigen Anerkennung von Corona-Tests. Zudem forderte sie die Staats- und Regierungschefs auch auf, für ihre Länder Strategien zur Impfung der Bevölkerung zu entwickeln. Einigkeit bestand darüber, dass es keine Schließung der Binnengrenzen in der EU geben soll, wie das großflächig in der ersten Welle im Frühjahr der Fall war. Der Personen- und Warenverkehr (Lieferketten) soll ungehindert möglich sein.

Zu Beginn der Videokonferenz verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs eine Solidaritätserklärung für Frankreich, das am 29.10.2020 erneut von einem islamistischen Terrorakt erschüttert worden war.

Von jetzt ab sollen regelmäßig Videokonferenzen der EU-Staats- und Regierungschefs zum Thema COVID-19 stattfinden, um die in den jeweiligen Ländern getroffenen Maßnahmen besser aufeinander abzustimmen und den Erfahrungsaustausch zu stärken. Die nächste Konferenz findet am 19.11.2020 statt.

[Tagungsseite des Europäischen Rates \(29.10.2020\)](#)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Miniplenum des Europäischen Parlaments vom 11.11.2020. - 13.11.2020

Vom 11.11.2020 - 13.11.2020 tagte das Europäische Parlament (EP) (Format: Miniplenium) COVID-19 bedingt im Remote-Modus, d. h. weitgehend per Videozuschaltung der Parlamentarier.

Das EP diskutierte über gemeinsam abgestimmte Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung sowie gegen Hassrede im Internet angesichts der jüngsten terroristischen Anschläge in Wien und Nizza.

Daneben legte das EP seine Prioritäten für den Haushalt 2021 fest (= Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen der Pandemie und zur Unterstützung der Erholung der europäischen Wirtschaft aufbauend auf dem Green Deal und der digitalen Transformation). Auch begrüßten die Abgeordneten die politische Einigung über den langfristigen Haushalt (MFR 2021 - 2027) und die Eigenmittel der EU, die am 10.11.2020 vom Verhandlungsteam des EP erzielt und im Anschluss daran von der Konferenz der Präsidenten (EP-Präsident



David Sassoli und Fraktionsvorsitzende) gebilligt wurde. Nächster Schritt ist nun die Behandlung der politischen Einigung im Haushaltsausschuss. Auf dessen Votum folgt dann die finale Debatte und Abstimmung im Plenum.

Im Rahmen der Debatte mit dem EU-Außenbeauftragten *Josep Borrell* diskutierten die Abgeordneten über die möglichen Auswirkungen der US-Wahlen auf die künftigen Beziehungen zwischen der EU und den USA. Dabei wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass mit dem neuen US-Präsidenten *Joe Biden* die transatlantische Partnerschaft u. a. mit Blick auf die Handels-, Klima- und Sicherheitspolitik neu belebt wird.

Das EP stimmte auch einem Abkommen zu, das im September zwischen der EU und China unterzeichnet wurde und sicherstellen soll, dass 100 europäische Produkte mit geografischen Angaben - u. a. das „Münchener Bier“ - in China rechtlich vor Nachahmungen und dem Missbrauch eines Produktnamens geschützt werden. Im Gegenzug werden 100 chinesische Produkte in der EU in den Genuss des gleichen Schutzes kommen.

Nach dem Willen des EP soll mit dem *Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa* u. a. dafür gesorgt werden, dass der Umstieg auf nachhaltiges Wirtschaften gelingt. In einer EntschlieÙung wurden dazu Vorschläge mit Blick auf die Finanzierung des Übergangs zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft aufgezeigt.

Bei der Diskussion mit Gesundheitskommissarin *Stella Kyriakides* über die Kriterien und Bedingungen für den Kauf von COVID-19 Impfstoffen durch die EU sowie die Gewährleistung eines fairen Zugangs zu den Impfstoffen forderten die Abgeordneten mehr Transparenz bei den Vorabkaufvereinbarungen.

Das EP nahm auch seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission an, die gesundheitspolitischen Maßnahmen der EU mithilfe des Programms EU4Health deutlich zu verstärken. Mit dem Gesundheitsprogramm sollte u. a. der Aufbau eines europäischen Überwachungs-, Berichts- und Meldesystems unterstützt werden, das Engpässe bei Arzneimitteln, medizinischen Geräten, Impfstoffen, Diagnosewerkzeugen und anderen Gesundheitsprodukten verhindern soll. Ein Schwerpunkt sollte auch darauf liegen, die Digitalisierung der Gesundheitsfürsorge voranzutreiben, indem auf europäischer Ebene eine elektronische Patientenakte eingeführt und verwendet wird.

Das EP billigte daneben die informelle Vereinbarung über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen in der EU. Mit dieser Abstimmung wird das Mandat des Netzwerks bis zum 31.12.2027 verlängert, während die Kommission gleichzeitig aufgefordert ist, bis Ende September 2026 einen Evaluierungsbericht vorzulegen, um die Leistungen des Netzwerks zu bewerten.

Zudem wählten die Abgeordneten die maltesische Europaabgeordnete *Roberta Metsola* (EVP) zur Ersten Vizepräsidentin des EP. Sie ersetzt *Mairead McGuinness*, die Mitte Oktober zur EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion ernannt wurde.

[Angenommene Texte](#)

[Pressemitteilungen des Europäischen Parlaments](#)



INSTITUTIONELLES

Europäischen Kommission: Personalentscheidungen für die „Recovery & Resilience Task Force“, das Kommunikations- und Presseteam von der Leyens sowie die „Migration Management Task Force“

In den letzten Wochen sind in der Europäischen Kommission einige wichtige Personalentscheidungen gefallen:

Die Leitung der Recovery & Resilience Task Force zur Umsetzung des Wiederaufbauprogramms „Next Generation EU“ wurde der Französin *Céline Gauer* übertragen. Sie war bisher bereits vorübergehend mit der Führung der Amtsgeschäfte betraut sowie stellvertretende Generalsekretärin. Ihr steht der „Principal Adviser - European Semester Coordination“ zur Seite. Dieser soll nach verschiedenen Berichten der Deutsche *Johannes Lübking* werden, der bisher in der Generaldirektion Wettbewerb tätig ist. Das in der Task Force für Deutschland zuständige Referat wird von der Ungarin *Reka Horváth* geleitet werden. Sie war bisher ebenfalls in der Generaldirektion Wettbewerb tätig.

Das Kommunikations- und Presseteam der Kommissionspräsidentin wird um die beiden Deutschen *Peter Müller* und *Dirk von Holleben* verstärkt. *Müller* wurde zum Kommunikationsberater und Redenschreiber der Präsidentin unter ihrem Chef-Pressesprecher *Eric Mamer* und ihrem Chef-Kommunikationsberater *Jens Flosdorff* berufen. Er war bisher Leiter des EU-Büros von „Der Spiegel“. *Von Holleben* wird den Stab der Pressesprecher verstärken. Er war im Bundesministerium der Verteidigung Beauftragter für Kommunikation und verantwortlich für Social-Media der Bundeswehr.

Zur stellvertretenden Generaldirektorin der Generaldirektion Migration und Inneres (kurz DG HOME) sowie Leiterin der Task Force Migration Management wurde die Deutsche *Beate Gminder* berufen. Die Task Force soll als Teil des neuen Pakts für Migration und Asyl die Arbeit der EU in allen strategischen, rechtlichen, operativen und finanziellen Fragen der Migration koordinieren. *Gminder* war bisher Direktorin in der DG Home und bereits vorübergehend mit der Führung der Amtsgeschäfte der Task Force betraut.

[Organigramm des Generalsekretariats der Kommission mit Stand zum 01.11.2020](#) (noch nicht mit allen neuen Personalentscheidungen)

[Tweet von Eric Mamer vom 03.11.2020](#) (in englischer Sprache)

[Daily News der Europäischen Kommission vom 11.11.2020](#) (in englischer Sprache)

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Europas Reaktion auf die US-Präsidentchaftswahlen

Im Laufe der letzten Woche haben mehrere europäische Staats- und Regierungschefs dem früheren US-Vizepräsidenten *Joe Biden* zum Gewinn der Präsidentschaftswahl gratuliert, darunter *Angela Merkel*, *Emmanuel Macron* und *Giuseppe Conte*. Jeweils äußerten sie ihre Hoffnung auf ein wiedererstarktes transatlantisches Bündnis. Entsprechendes gilt für Kommissionspräsidentin von der Leyen, den Präsidenten des Europäischen Rates, *Michel*, und EU-Parlamentspräsident *Sassoli*. Auch *Viktor Orbán* und *Boris Johnson*, zwei Anhänger von *Donald Trump*, äußerten Glückwünsche für *Biden*. Der slowenische Premierminister



Janez Janša hingegen gratulierte am Tag nach der Wahl – als die Stimmen noch nicht ausreichend ausgezählt waren – *Donald Trump*; kurz vor der Wahl hatte er geäußert, ein Präsident *Joe Biden* würde „einer der schwächsten Präsidenten der Geschichte“ sein. Der estnische Innenminister *Mart Helme* trat zurück, nachdem er den „tiefen Staat“ für *Bidens* Sieg verantwortlich gemacht hatte. Sein Sohn, Finanzminister *Martin Helme*, ist nach seinen Äußerungen, wonach „es keine Frage sei, dass diese Wahl gefälscht“ wurde, noch im Amt.

Am 10.11.2020 telefonierte *Joe Biden* dann mit *Angela Merkel*, *Emmanuel Macron*, *Boris Johnson* und dem irischen Premierminister *Michéal Martin* und teilte mit: „Amerika ist zurück“.

[Artikel in der F.A.Z. vom 10.11.2020](#)

[Artikel in "Politico" vom 10.11.2020](#) (in englischer Sprache)

Belarus: Rat verhängt Sanktionen gegen *Alexander Lukaschenko*

Der Rat hat am 06.11.2020 15 Mitglieder der belarussischen Behörden – darunter *Alexander Lukaschenko* sowie seinen Sohn und nationalen Sicherheitsberater *Viktor Lukaschenko* – auf die Liste der Personen aufgenommen, gegen die im Zusammenhang mit der gewaltsamen Unterdrückung und Einschüchterung friedlicher Demonstrierender, Oppositionsmitglieder und Journalisten im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen 2020 in Belarus restriktive Maßnahmen verhängt wurden.

Die restriktiven Maßnahmen gelten nunmehr für insgesamt 59 Personen und umfassen ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Vermögenswerten. Darüber hinaus ist es Bürgern sowie Unternehmen der EU verboten, den in der Liste aufgeführten Personen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

[Pressemitteilung des Rates vom 06.11.2020](#)

MEDIEN

Online-Plattformen legen Berichte zu Desinformation über COVID-19 vor

Wie Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok im September 2020 falsche und irreführende Informationen über COVID-19 bekämpft haben, zeigt die dritte Reihe von Berichten, die die Kommission am 06.11.2020 veröffentlicht hat. Die Plattformen, die den Verhaltenskodex zur Desinformation unterzeichnet haben, legten diese Berichte im Rahmen des Überwachungs- und Berichterstattungsprogramms COVID-19 vor.

Dieses Programm zur monatlichen Berichterstattung ist ein Ergebnis der Gemeinsamen Mitteilung vom 10.06.2020, mit der gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Bemühungen der Plattformen und der einschlägigen Industrieverbände zur Begrenzung der Online-Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 abgelegt werden soll.

Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission für Werte und Transparenz, und *Thierry Breton*, Kommissar für den Binnenmarkt, begrüßten die Berichte, wünschten sich jedoch weiterhin mehr Transparenz, detailliertere Informationen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den großen Online-Plattformen.



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 18/2020 vom 13.11.2020**



Die Kommission wird ihren umfassenden Ansatz gegen Desinformation umsetzen, indem sie bis Ende des Jahres zwei sich ergänzende Initiativen vorlegen wird: einen Europäischen Aktionsplan für Demokratie und ein Gesetzespaket für digitale Dienste.

[Pressemitteilung der Kommission vom 06.11.2020](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

COVID-19

Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMI

Im Rahmen des am 28.10.2020 vorgelegten neuen Maßnahmenpakets zur Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie (siehe hierzu Beitrag des StMGP in diesem EB) nahm sich die EU-Kommission erneut auch des Themas Freizügigkeit und Reiseverkehr an.

In Bezug auf die Einreise aus Drittstaaten in die EU veröffentlichte sie Leitlinien zur Auslegung der Ratsempfehlung vom 30.06.2020, die hinsichtlich der darin enthaltenen Positivliste einreiseberechtigter Drittstaaten zuletzt am 22.10.2020 aktualisiert worden war (EB 17/20). Die am 28.10.2020 vorgelegten Auslegungsleitlinien bestimmen nun, welche Personenkategorien als wesentlich gelten und daher von Einreisebeschränkungen ausgenommen werden sollen. Insbesondere sei der Begriff „Familienangehöriger“ weit auszulegen und umfasse auch eine dauerhafte Beziehung, die beispielsweise über eine gemeinsame Erklärung der Partner oder über einen Nachweis gemeinsamer Investitionen nachgewiesen werden könne. Für Reisende mit „essentieller Funktion“ werden in den Leitlinien insgesamt elf Kategorien aufgelistet, darunter Angehörige der Gesundheitsberufe, Grenzpendler, Diplomaten sowie Personen, die internationalen Schutz benötigen.

Hinsichtlich der Freizügigkeit innerhalb der EU rief die EU-Kommission dazu auf, die Ratsempfehlung vom 13.10.2020 zum koordinierten Vorgehen (vgl. EB 17/20) konsequent und vollumfänglich umzusetzen. Ein EU-weit einheitliches digitales Reiseformular („Passenger Locator Form“) werde ab Dezember zur Verfügung stehen.

Anlässlich einer Videokonferenz am darauffolgenden 29.10.2020 bekräftigten die EU-Staats- und Regierungschefs ihre Einigkeit, dass es keine erneute Schließung der Binnengrenzen in der EU geben solle.

[Pressemitteilung der Kommission vom 28.10.2020](#)

[Leitlinien zu Ausnahmen von der Beschränkung nicht notwendiger Reisen in die EU](#)

TERRORISMUS

Deutschland, Österreich, Frankreich und Niederlande beraten zur Bedrohungslage durch den Terrorismus

Am 10.11.2020 berieten Bundeskanzlerin *Merkel*, Staatspräsident *Macron*, Bundeskanzler *Kurz* und Ministerpräsident *Rutte* zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin *von der Leyen* und Ratspräsident *Michel* zu den Konsequenzen aus den jüngsten terroristischen Anschlägen in Nizza und Wien. Von besonderer



Bedeutung sei, bereits Beschlossenes wie die Interoperabilität von Datenbanken konsequent umzusetzen. Terroristische Online-Inhalte und Hassreden im Internet seien zu unterbinden; hierfür seien die Verhandlungen zur TCO-Verordnung zu einem zügigen Abschluss zu bringen. Besonderes Augenmerk müsse auch auf dem Schutz der EU-Außengrenzen und der Reform von Schengen liegen.

Der Rat der EU-Innenminister wird sich am 13.11.2020 mit der Thematik befassen, ebenso wie der Europäische Rat in seiner Sitzung vom 10./11.12.2020. Für den 09.12.2020 hat die Kommission die Vorlage einer neuen EU-Agenda zur Bekämpfung des Terrorismus angekündigt.

[Pressemitteilung der Bundesregierung vom 10.11.2020](#)

[Statement der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen vom 10.11.2020](#)

INNERE SICHERHEIT

EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres

Am 22.10.2020 fand das jährliche EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres statt (für den Justizbereich siehe Beitrag des StMJ in diesem EB). Vertreter der deutschen Ratspräsidentschaft und der nachfolgenden Ratspräsidentschaftsländer Portugal und Slowenien sowie EU-Kommissarin *Johansson* tauschten sich mit den Innenministern der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien zu den drei Themenbereichen Migration, Terrorismus / gewaltbereiter Extremismus sowie organisierte Kriminalität aus. Im Bereich des Migrationsmanagements war das Thema regionaler Informationsaustausch von besonderer Bedeutung: so wurde die Idee erörtert, in der Westbalkanregion interoperable nationale Informationssysteme zur Erfassung von Daten über Migranten zu schaffen; Eurodac könne dabei als Vorbild dienen. Die bereits erzielten Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele des gemeinsamen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung wurden anerkannt; zugleich bekräftigten die Partner ihr Engagement für die Umsetzung der Ziele auch über das Jahr 2020 hinaus.

[Pressemitteilung des Rates vom 23.10.2020](#) (in englischer Sprache)

[Bericht des BMI vom 23.10.2020](#)

BEKÄMPFUNG VON KINDESMISSBRAUCH IM INTERNET

Rat bereit für Verhandlungen zu Übergangsverordnung

Nachdem die EU-Kommission am 10.09.2020 einen Vorschlag für eine Übergangsverordnung vorgelegt hatte, die sicherstellen soll, dass Anbieter von Online-Kommunikationsdiensten weiterhin Online-Inhalte von sexuellem Kindesmissbrauch auf freiwilliger Basis entdecken, melden und entfernen können (EB 15/20), einigten sich die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten am 28.10.2020 auf ein Verhandlungsmandat des Rates. Die Kommission will bis zum zweiten Quartal 2021 Vorschriften zur Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet vorschlagen, die dann als langfristige Lösung die vorübergehende Maßnahme ersetzen sollen. Nach dem Standpunkt des Rates wird die befristete Regelung bis 31.12.2025 gelten. Auf der



Basis des Mandats können nun die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament beginnen. Siehe hierzu auch den Beitrag des StMJ in diesem EB.

[Pressemitteilung des Rates vom 28.10.2020](#) (in englischer Sprache)

[Verhandlungsmandat des Rates](#) (in englischer Sprache)

CYBERSICHERHEIT

Rat verhängt Sanktionen wegen Cyberangriffen gegen den Deutschen Bundestag

Am 22.10.2020 verhängte der Rat restriktive Maßnahmen gegen zwei Personen und eine Organisationseinheit, die für den Cyberangriff auf den Deutschen Bundestag im April und Mai 2015 verantwortlich waren oder sich daran beteiligt haben. Dieser zielte auf das Informationssystem des Parlaments und beeinträchtigte dessen Funktionsfähigkeit für mehrere Tage. Eine erhebliche Menge an Daten wurde gestohlen, und die E-Mail-Konten mehrerer Abgeordneter, darunter auch das von Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, waren betroffen. Die Sanktionen bestehen aus einem Reiseverbot und dem Einfrieren von Vermögenswerten. Darüber hinaus ist es Personen und Körperschaften aus der EU untersagt, den in der Liste aufgeführten Personen und Körperschaften Gelder zur Verfügung zu stellen.

Sanktionen sind eine der Optionen, die im Rahmen der Union für eine gemeinsame diplomatische Reaktion auf böswillige Cyberaktivitäten zur Verfügung stehen (die sog. „cyber diplomacy toolbox“). Sie sollen anhaltendes und zunehmendes böswilliges Verhalten im Cyberspace verhindern. Zum ersten Mal wurde hiervon im Juli 2020 Gebrauch gemacht (EB 14/20).

[Pressemitteilung des Rates vom 22.10.2020](#)

Europäische Cybersicherheitskonferenz der deutschen Ratspräsidentschaft

Am 09.11.2020 richtete das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die Europäische Cybersicherheitskonferenz aus, an der rund 400 Teilnehmer aus allen EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen teilnahmen. Diskussionsgegenstand waren insbesondere die laufenden Verhandlungen über den Verordnungsentwurf zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums Cybersicherheit sowie die deutsche Initiative für Ratschlussfolgerungen zur Verbesserung der Sicherheit von vernetzten Geräten, die möglichst bis Jahresende verabschiedet werden sollen.

[Pressemitteilung des BMI vom 09.11.2020](#)



FRONTEX

Einrichtung einer Untersuchungskommission wegen Vorwurfs der Beteiligung von Frontex an illegalen Push-backs

Frontex kündigte am 27.10.2020 die Einleitung einer internen Untersuchung der Vorwürfe der Beteiligung an illegalen Push-backs an. Frontex reagierte damit auf die Anschuldigungen verschiedener Nachrichtenorganisationen in Bezug auf die Aktivitäten der Agentur an den Außengrenzen Griechenlands. Am 10.11.2020 schlug Frontex-Exekutivdirektor *Leggeri* anlässlich einer von EU-Kommissarin *Johansson* geforderten außerordentlichen Sitzung des Frontex Management Board u. a. die Einrichtung einer Untersuchungskommission vor. Das Gremium solle sich mit rechtlichen Fragen der Überwachung der Seeaußengrenzen durch Frontex befassen und von der EU-Kommission koordiniert werden. EU-Kommissarin *Johansson* bezeichnete die Sitzung vom 10.11.2020 als guten Start für einen transparenten Prozess. Die EU-Kommission habe dem Frontex-Exekutivdirektor Fragen vorgelegt, deren Beantwortung anlässlich des nächsten Management Board Meetings Ende November erwartet werde.

[Pressemitteilung Frontex vom 27.10.2020](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung Frontex vom 10.11.2020](#) (in englischer Sprache)

[Statement Kommissarin Johansson auf Twitter vom 10.11.2020](#)

ASYL UND MIGRATION

EU-Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen unzulässiger Beschränkung des Zugangs zu Asylverfahren ein

Am 30.10.2020 leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn ein, da es den Zugang zu Asylverfahren unzulässig beschränke.

Neue Asylverfahren, die in den ungarischen Rechtsvorschriften als Reaktion auf die Corona-Pandemie festgelegt wurden, verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen die EU-Asylverfahrensrichtlinie. Sie sehen vor, dass Drittstaatsangehörige, bevor sie internationalen Schutz in Ungarn beantragen können, zunächst in einer ungarischen Botschaft außerhalb der EU eine Absichtserklärung abgeben müssen, in der sie ihren Wunsch bekunden, Asyl zu beantragen. Dann werde eine spezielle Einreisegenehmigung zu diesem Zweck erteilt.

Dadurch werde, so die Kommission, der Zugang zum Asylverfahren unzulässig beschränkt, da Personen, die sich im Hoheitsgebiet Ungarns aufhalten, daran gehindert werden, dort internationalen Schutz zu beantragen.

Ungarn hat nun zwei Monate Zeit, auf die Argumente der EU-Kommission zu reagieren.

[Pressemitteilung der Vertretung der Kommission in Deutschland vom 30.10.2020](#)



INTEGRATION

Informeller Austausch zu Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt auf Einladung der deutschen Ratspräsidentschaft

Am 09.11.2020 fand auf Einladung der deutschen Ratspräsidentschaft ein informeller Austausch zu Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt statt, an dem u. a. EU-Kommissarin *Johansson* sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, *Annette Widmann-Mauz*, teilnahmen. Die Teilnehmer tauschten sich darüber aus, wie dauerhaft Voraussetzungen geschaffen werden können, um Migranten eine schnellere und gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben des aufnehmenden Mitgliedstaats zu ermöglichen. Die EU-Kommission will am 24.11.2020 einen Aktionsplan für Integration und Inklusion vorstellen. Sie kommt damit ihrer Ankündigung anlässlich der Vorstellung ihres neuen Asyl- und Migrationspaketes vom 23.09.2020 nach.

[Pressemitteilung des BMI vom 09.11.2020](#)

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Am 04.11.2020 verabschiedeten die EU-Finanzminister Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Sie enthalten drei Kernpunkte:

1. Eine stärkere Vereinheitlichung der Geldwäscheregeln in der EU durch Verordnung,
2. die Schaffung einer europäischen Geldwäscheaufsicht mit direkten Aufsichtsbefugnissen insbesondere im Bereich des Finanzsektors (stufenweiser Ansatz: Beginn mit einer relativ kleinen Gruppe Verpflichteter aus dem Finanzsektor), sowie
3. die Etablierung eines Koordinierungs- und Unterstützungsmechanismus für Financial Intelligence Units (FIUs).

Siehe hierzu auch den Beitrag des StMJ in diesem EB.

[Pressemitteilung des Rates vom 04.11.2020](#)

[Ratsschlussfolgerungen vom 05.11.2020](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

COVID-19

Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor: Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB

Am 28.10.2020 hat die Kommission ein neues Maßnahmenpaket zu COVID-19 vorgelegt (siehe auch Beitrag des StMGP in diesem EB). Aus dem Bereich des StMB ergibt sich insbesondere folgender Schwerpunkt:

Die Kommission schlägt eine Ausweitung des Konzeptes bevorzugter Fahrspuren („Green Lanes“) vor. Bereits am 23.03.2020 hatte die Kommission Leitlinien zur Gewährleistung des Warenverkehrs in der EU veröffentlicht (EB 06/20). Dabei soll der Straßengüterverkehr an den Grenzen in weniger als 15 Minuten abgefertigt werden, um die Versorgung mit Waren in der EU aufrechtzuerhalten. Das Konzept soll nun auch auf die Güterbeförderung per Bahn, Schiff oder Flugzeug ausgeweitet werden. Die Kommission gibt in ihrer Mitteilung konkrete Handlungsempfehlungen, wie einen einheitlichen elektronischen Dokumentenaustausch, die Vernetzung der nationalen Kontaktpunkte und die Verfügbarkeit von Raststätten. Ferner hat der Rat am 23.10.2020 Schlussfolgerungen für einen Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehr angenommen (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung der Kommission](#)

[Leitlinien zur Ausweitung von „Green Lanes“](#) (in englischer Sprache)

Rat nimmt Schlussfolgerungen für den Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehr an

Am 23.10.2020 hat der Rat Schlussfolgerungen für den Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehr angenommen. Bereits am 08.10.2020 fand hierzu ein informeller EU-Verkehrsministerrat statt (EB 17/20). Die Kommission wird vom Rat aufgefordert, zeitnah einen europäischen Notfallplan für schwere Krisensituationen auszuarbeiten, der auch auf den Personenverkehr erweitert werden kann.

Wesentliche Eckpunkte sind (1.) die Aufrechterhaltung des Güter- und Warenverkehrs durch Festlegung von Grundversorgungsnetzen, die Ausweisung bevorzugter Fahrspuren „Green Lanes“ und die Bündelung von Informationen der nationalen Kontaktpunkte in einem EU-Lagezentrum, (2.) Empfehlungen zu einheitlichen Regelungen zu Gesundheitstests und Quarantänevorgaben sowie (3.) gemeinsame europäische Ausnahmevorschriften zu Gunsten der verschiedenen Verkehrsträger, z. B. die Aufhebung von Nachtflugverboten und die Verlängerung von Fahrerlaubnissen.

Darüber hinaus ersucht der Rat die Kommission, einen spezifischen Rahmen für befristete staatliche Beihilfen für Pandemien und andere schwere Krisensituationen auszuarbeiten, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen soll, den Verkehrssektor schnell zu unterstützen.



[Pressemitteilung des Rates](#)

[Schlussfolgerungen des Rates](#)

[Eckpunkte des Pandemie-Notfallplans](#)

VERKEHRSPOLITIK

EU-Verkehrsministerrat verabschiedet Passauer Erklärung zur Digitalisierung des Verkehrs

Am 29.10.2020 fand eine informelle Tagung des EU-Verkehrsministerrates zur Digitalisierung des Verkehrs im virtuellen Format statt. Die letzte Sitzung war am 08.10.2020 zum Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehr (EB 17/20). Im Mittelpunkt stand die Verabschiedung der Passauer Erklärung, mit der Digitalisierung die Mobilität der Zukunft gestalten – nachhaltig, sicher und effizient. Diese umfasst fünf Handlungsfelder:

1. Die Menschen in den Mittelpunkt stellen
2. Mobilitätsinfrastruktur „smart“ machen
3. Automatisierung bei allen Verkehrsträgern vorantreiben
4. Europäischer Datenraum Mobilität aufbauen
5. Innovationen für digitale Mobilität fördern

Die Passauer Erklärung soll einen Beitrag zur „EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität“ liefern, die im Dezember 2020 von der Kommission vorgelegt wird. Der nächste formelle EU-Verkehrsministerrat findet voraussichtlich am 08.12.2020 statt.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des BMVI](#)

[Passauer Erklärung](#)

STRAßENVERKEHR

EuGH urteilt zur Berechnung der deutschen Lkw-Maut

Am 28.10.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-321/19 zur Berechnung der deutschen Lkw-Maut geurteilt. Nach Auffassung der Richter dürfen bei der Festsetzung der Mautgebühren für die Benutzung des transeuropäischen Straßennetzes durch schwere Nutzfahrzeuge nach der Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG in der Fassung der Richtlinie 2006/38/EG ausschließlich die Infrastrukturkosten, also die Baukosten sowie die Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des Verkehrswegenetzes, berücksichtigt werden.

Die Kosten der Verkehrspolizei, die in der Verantwortung des Staates hoheitliche Befugnisse ausübt, zählen nicht zu den Infrastrukturkosten und dürfen daher bei der Berechnung nicht herangezogen werden. Zudem stellten die Richter fest, dass sich jeder Einzelne unmittelbar auf diese Verpflichtung der Richtlinie vor nationalen Gerichten berufen kann und diese jeder Überschreitung der Infrastrukturkosten aufgrund der Berücksichtigung



nicht ansatzfähiger Kosten entgegensteht. Ferner hat der EuGH den Antrag Deutschlands, die Wirkung des Urteils zeitlich zu beschränken, zurückgewiesen.

Damit folgen die Richter den Empfehlungen des EuGH-Generalanwalts, der seine Schlussanträge am 18.06.2020 vorgelegt hatte (EB 11/20). In einem Musterverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster verlangen die Betreiber einer polnischen Spedition Rückzahlung von in den Jahren 2010/2011 in Deutschland gezahlter Autobahnmaut i.H.v. 12.420,53 €. Sie machen dabei u. a. geltend, dass die seit Juli 2011 unmittelbar im Bundesfernstraßenmautgesetz geregelten Mautsätze wegen Verstößen gegen unionsrechtliche Vorgaben fehlerhaft seien.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[EuGH-Urteil in der Rechtssache C-321/19](#)

SCHIENENVERKEHR

Rat und Europäisches Parlament nehmen politische Einigung zu Fahrgastrechten im Eisenbahnverkehr an

Am 21.10.2020 hat der Rat und am 29.10.2020 der Verkehrsausschuss (TRAN) des Europäischen Parlaments (EP) die politische Einigung vom 01.10.2020 zur Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr angenommen (EB 16/20). Ziel der Überarbeitung ist es, die Rechte von Bahnreisenden zu verbessern und eine einheitliche Anwendung der Vorschriften in der EU sicherzustellen. Der Text wird nun von den Rechts- und Sprachsachverständigen überarbeitet. Eine weitere förmliche Abstimmung sowohl im Rat als auch im EP wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Die überarbeitete Verordnung tritt 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft. Zwei Jahre danach wird sie Geltung erlangen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Textfassung vom 21.10.2020](#) (in englischer Sprache)

[Textfassung vom 21.10.2020 – Anhang](#) (in englischer Sprache)

Kommission verweist auf Ablauf der Umsetzungsfrist für die technische Säule des Vierten Eisenbahnpakets

Am 31.10.2020 hat die Kommission auf den Ablauf der Umsetzungsfrist für die technische Säule des Vierten Eisenbahnpakets hingewiesen. Bereits im Jahr 2016 wurde das Vierte Eisenbahnpaket zur Vollendung des einheitlichen europäischen Eisenbahnraums mit einer politischen und technischen Säule verabschiedet (EB 07/16). Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde die Umsetzungsfrist für die Richtlinien zur Eisenbahnsicherheit und zur Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU bis zum 31.10.2020 verlängert (EB 08/20). Nun erhält die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) die notwendigen Befugnisse, um zur einzigen europäischen Zertifizierungsstelle für Schienenfahrzeuge und Eisenbahnverkehrsunternehmen zu werden. Im Rahmen ihrer neuen Rolle wird die Agentur die Verantwortung für die Fahrzeugzulassung, die



Sicherheitszertifizierung und die streckenseitige Zulassung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) in allen Mitgliedstaaten übernehmen. Das neue, vereinfachte Verfahren soll die Kosten und den Verwaltungsaufwand für die Eisenbahnindustrie reduzieren. Ferner soll zur Stärkung des europäischen Eisenbahnraums, 2021 zum Jahr der Schiene erklärt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinie \(EU\) 2016/798 über Eisenbahnsicherheit](#)

[Richtlinie \(EU\) 2016/797 über die Interoperabilität des Eisenbahnsystems](#)

LUFTVERKEHR

Kommission führt Befragung zum Verordnungsvorschlag zum einheitlichen europäischen Luftraum durch

Bis zum 17.12.2020 führt die Kommission eine Befragung zum Verordnungsvorschlag zur Anpassung der Verordnung (EU) 2018/1139 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluffahrt und zur Errichtung der EU-Agentur für Flugsicherheit (EASA) durch. Bereits am 22.09.2020 hat die Kommission einen Vorschlag zur Überarbeitung der Regeln für einen einheitlichen europäischen Luftraum („Single European Sky“, SES 2+) vorgelegt (EB 15/20). Ziel ist es, durch eine effizientere Streckenführung und die Digitalisierung das Flugverkehrsmanagementsystem nachhaltiger zu gestalten und damit zur Reduzierung der Emissionen im Luftverkehr beizutragen. Der Vorschlag wurde dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Behandlung übermittelt. Nach der endgültigen Annahme müssen anschließend Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte mit technischen Experten erarbeitet werden.

[Befragung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/1139](#)

Kommission führt Befragung zur Durchführungsverordnung über Anforderungen an die Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen durch

Bis zum 20.11.2020 führt die Kommission eine Befragung zum Entwurf einer geplanten Durchführungsverordnung zur Anpassung der Verordnung (EU) 2015/640 über zusätzliche Anforderungen an die Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen durch. Ziel ist eine Aktualisierung der Anforderungen an die Generierung von Schadenstoleranzdaten für in Betrieb befindliche Luftfahrzeuge sowie eine Änderung der Anforderungen an die Sitze in Flugzeugen. Hierdurch sollen Produktionsverzögerungen aufgrund der COVID-19-Pandemie in den Vorschriften entsprechend berücksichtigt werden. Die Durchführungsverordnung soll zum 26.02.2021 in Kraft treten.

[Befragung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2015/640](#)



BAUEN UND WOHNEN

EuGH-Generalanwalt sieht Verstoß gegen EU-Vergaberichtlinie bei direkter Vergabe eines Mietvertrags für ein noch nicht errichtetes Gebäude

Am 22.10.2020 hat EuGH-Generalanwalt *Manuel Campos Sánchez-Bordona* seine Schlussanträge in der Rechtssache C-537/19 Europäische Kommission / Republik Österreich zur Anmietung eines noch nicht errichteten Gebäudes vorgelegt. Nach Auffassung des Generalanwalts hat die Republik Österreich gegen die Richtlinie 2004/18/EG zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge verstoßen, indem die Stadt Wien als öffentlicher Auftraggeber am 25.05.2012 einen langjährigen Mietvertrag über ein noch nicht errichtetes Bürogebäude ohne Bekanntmachung und ohne ein wettbewerbliches Vergabeverfahren direkt an einen privaten Auftragnehmer vergeben hat. Die Kommission beanstandete, dass die Stadt Wien entscheidenden Einfluss auf die Planung der Bauleistung genommen habe, die weit über die üblichen Vorgaben eines Mieters für eine neue Immobilie hinausgingen. Hierin liege in Wirklichkeit ein öffentlicher Bauauftrag vor, der ein wettbewerbliches Vergabeverfahren bedarf. Dieser Verstoß gegen die EU-Vergaberichtlinie dauere an, solange der Mietvertrag, der nicht vor 2040 ordentlich kündbar sei, weiter bestehe.

[Schlussanträge des EuGH-Generalanwalts](#)

[EU-Vergaberichtlinie 2004/18/EG](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu den Hauspreisen im zweiten Quartal 2020 in der EU

Am 07.10.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) den Hauspreisindex (HPI) für das zweite Quartal 2020 veröffentlicht (EB 13/20). Danach stiegen in der EU-27 die Hauspreise gegenüber dem zweiten Quartal 2019 um +5,2 %. Die größten jährlichen Zuwächse der Hauspreise verzeichneten Luxemburg (+13,3 %), Polen (+10,9 %) und die Slowakei (+9,7 %), während diese in Ungarn (-5,6 %) und Zypern (-2,9 %) sanken. In Deutschland stiegen die Hauspreise um +6,6 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)

Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2020 in der EU

Am 19.10.2020 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für August 2020 in der EU veröffentlicht (EB 15/20). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber August 2019 um -1,5 %. Die Bautätigkeit sank im Hochbau um -2,0 %, während sie im Tiefbau um +0,9 % stieg. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Rumänien (+12,4 %), Slowenien (+4,8 %) und Finnland (+2,2 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in der Slowakei (-18,0 %), Ungarn (-13,6 %) und Polen (-12,1 %). Deutschland lag bei -1,8 %.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

Rat nimmt Standpunkt zur Richtlinie über Verbandsklagen an

Der Rat nahm am 04.11.2020 den finalen Text der Richtlinie über Verbandsklagen an. Das Europäische Parlament muss nun noch den Standpunkt des Rats billigen. Die Richtlinie wird sodann im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Nach Inkrafttreten der Richtlinie haben die Mitgliedstaaten 24 Monate Zeit für die Umsetzung in nationales Recht sowie weitere sechs Monate bis zum Anwendungsbeginn der Richtlinie.

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Standpunkt des Rats](#)

Bekämpfung von Kindesmissbrauch im Internet – Rat bereit für Verhandlungen zu Übergangsverordnung

Am 28.10.2020 verständigten sich die Botschafter der Mitgliedstaaten auf ein Mandat für Verhandlungen über befristete Vorschriften, durch die es Anbietern von Kommunikationsdiensten, wie internetbasierten E-Mail- und Messaging-Diensten, ermöglicht wird, die Aufdeckung sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet fortzusetzen. Der deutsche Vorsitz kann somit Gespräche mit dem Europäischen Parlament über den endgültigen Text beginnen. Die Kommission hatte am 10.09.2020 eine entsprechende Übergangsverordnung vorgeschlagen (EB 15/20). Eine solche Übergangsvorschrift ist notwendig, da mit der Anwendung des Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation ab 21.12.2020 bestimmte Online-Kommunikationsdienste unter die sog. e-Privacy Richtlinie fallen werden (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Entwurf der Übergangsverordnung – Mandat des Rates](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zu nachhaltiger Unternehmensführung

Am 26.10.2020 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation zu nachhaltiger Unternehmensführung. Bis 08.02.2021 können Interessensträger Stellungnahmen abgeben. Das legislative Vorhaben der Kommission betrifft sowohl Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette als auch Pflichten zur nachhaltigen Unternehmensführung. Die Konsultation wird die Ergebnisse zweier Studien ergänzen: zum einen die Studie zu den Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in den Lieferketten und zum anderen die Studie zu den Pflichten des Managements zur nachhaltigen Unternehmensführung. Die Studien sowie die Ergebnisse der Konsultation werden in das legislative Vorhaben der Kommission einfließen, das für das zweite Quartal 2021 angekündigt ist (siehe auch Beiträge des StMUV und StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)



[Zur öffentlichen Konsultation](#) (über Auswahl in deutscher Sprache verfügbar)

[Zur Studie über den Pflichten des Managements zur nachhaltigen Unternehmensführung](#) (in englischer Sprache)

[Zur Studie zu den Anforderungen an die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette](#) (in englischer Sprache)

Rat verabschiedet neue Vorschriften zur Modernisierung der justiziellen Zusammenarbeit bei der Beweisaufnahme und der Zustellung von Schriftstücken

Am 04.11.2020 nahm der Rat die beiden neu gefassten Verordnungen zur Beweisaufnahme (EuBVO) und zur Zustellung von Schriftstücken (EuZVO) an. Hierzu war am 30.06.2020 eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament (EP) erzielt worden (EB 12/20). Der Text wird nun dem EP zur endgültigen Annahme übermittelt. Die modernisierten Vorschriften sollen Effizienz und die Schnelligkeit von grenzüberschreitenden Gerichtsverfahren verbessern. Die Neuerungen sehen u. a. vor, dass bei der Übermittlung von Dokumenten und Anfragen zwischen Mitgliedstaaten ein dezentrales IT-System, das aus miteinander verbundenen nationalen IT-Systemen besteht, verwendet wird. Schriftstücke sollen zudem grenzüberschreitend elektronisch direkt zugestellt werden, wenn zuvor Zustimmung hierzu erteilt wurde. Ferner wird der Einsatz von Videokonferenzen bei der Beweisaufnahme gefördert.

[Pressemitteilung des Rats vom 04.11.2020](#)

[Standpunkt des Rats im Hinblick auf den Erlass der EU-Beweisaufnahmeverordnung](#)

[Standpunkt des Rats im Hinblick auf den Erlass der EU-Zustellungsverordnung](#)

Europäische Staatsanwälte aus Deutschland und Italien zu Stellvertretern der Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt

Am 11.11.2020 wurden Herr *Andrés Ritter* aus Deutschland sowie Herr *Danilo Ceccarelli* aus Italien zu Stellvertretern der Europäischen Generalstaatsanwältin ernannt. Die Ernennung gilt für drei Jahre. Die beiden Stellvertreter unterstützen die Europäische Generalstaatsanwältin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und vertreten sie bei Abwesenheit oder Verhinderung. Die Europäischen Staatsanwaltschaft wird voraussichtlich Anfang 2021 ihre operative Tätigkeit aufnehmen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (derzeit nur in englischer Sprache verfügbar)

Ratsschlussfolgerungen zur Politik des geistigen Eigentums

Am 10.11.2020 nahm der Rat Schlussfolgerungen zur Politik des geistigen Eigentums und zur Überarbeitung des Systems gewerblicher Muster und Modelle in der Union an. Diese sind als Beitrag des Rates zu den laufenden Arbeiten der Kommission an einem EU-Aktionsplan für geistiges Eigentum, der in Kürze vorgelegt werden soll, zu sehen. In den Schlussfolgerungen begrüßt der Rat u. a. die jüngsten Entscheidungen des Europäischen Patentamts zur Nichtpatentierbarkeit von pflanzlichen oder tierischen Erzeugnissen, die



ausschließlich durch im Wesentlichen biologische Verfahren gewonnen werden. Er fordert zudem, dass Nachahmung und Produktpiraterie stärker bekämpft und dabei auch Online-Plattformen und andere Hosting-Anbieter stärker eingebunden werden. Zudem ersucht er die Kommission, Vorschläge für die Überarbeitung des Rechtsrahmens zum Schutz gewerblicher Muster und Modelle vorzulegen.

[Pressemitteilung des Rats](#)

[Schlussfolgerungen des Rats](#) (in englischer Sprache)

Ratsschlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Am 04.11.2020 verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Damit positioniert er sich im Vorfeld des von der Kommission für Anfang 2021 angekündigten Aktionsplans zur stärkeren Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die Ratsschlussfolgerungen enthalten drei Kernpunkte: (1) Eine stärkere Vereinheitlichung der Geldwäscheregeln in der EU durch Verordnung, (2) die Schaffung einer europäischen Geldwäscheaufsicht mit direkten Aufsichtsbefugnissen, insbesondere im Bereich des Finanzsektors sowie (3) die Etablierung eines Koordinierungs- und Unterstützungsmechanismus für „Financial Intelligence Units“ (FIUs) (siehe auch Beitrag des StMI in diesem EB).

[Zur Tagungsseite des Rats](#) (über Auswahl in deutscher Sprache)

[Zu den Ratsschlussfolgerungen](#) (in englischer Sprache)

[Zur anschließenden Pressekonferenz von Bundesfinanzminister Scholz](#)

Generalanwalt am EuGH: Keine automatische Ablehnung der Vollstreckung Europäischer Haftbefehle aus Polen

Am 12.11.2020 legte der Generalanwalt seinen Schlussantrag zu der Frage vor, ob die Vollstreckung Europäische Haftbefehle (EUHb) aus Polen wegen allgemeiner Mängel der Unabhängigkeit der polnischen Justiz automatisch abgelehnt werden können (verbundene Rechtssache C-354/20 PPU und C-412/20 PPU). Das Vorabentscheidungsersuchen hatte die Rechtsbank Amsterdam am 31.07.2020 vorgelegt. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass auch die Zuspitzung der Bedrohung der richterlichen Unabhängigkeit in Polen nicht zu einer automatischen Ablehnung führen könne. Vielmehr sei an der zweistufigen Prüfung festzuhalten: (1) Prüfung, ob die Grundrechte aufgrund *systematischer und allgemeiner Mängel* der Unabhängigkeit der ausstellenden Justizbehörde verletzt werden. (2) Prüfung, ob *im konkreten Fall* das Recht auf ein faires Verfahren verletzt werden könnte. Ein Verzicht auf den zweiten Schritt der Prüfung könnte zur Straffreiheit zahlreicher Straftaten und damit einer Verletzung der Rechte der Opfer führen. Zudem würde die Tätigkeit aller polnischen Richter entwertet werden. Eine automatische Aussetzung der Vollstreckung käme nur dann in Betracht, wenn eine schwere und anhaltende Verletzung der Grundwerte der EU vorliege und vom Europäischen Rat festgestellt werde. Dann wären die Bedingungen, unter denen ein Justizsystem die



Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit schützen könne, entfallen. Der EuGH ist an den Schlussantrag des Generalanwalts nicht gebunden. Eine Entscheidung könnte noch im Jahr 2020 ergehen.

[Pressemitteilung des EuGH](#)

[Zum Urteil des EuGH](#)

Kommission leitet nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen zum Schutz der richterlichen Unabhängigkeit ein

Am 30.10.2020 leitete die Kommission im laufenden Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen zum Schutz der Unabhängigkeit polnischer Richter den nächsten Schritt ein: sie übermittelte eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Nun hat Polen weitere zwei Monate Zeit, um auf die Bedenken zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission das Verfahren vor den EuGH bringen. Das Vertragsverletzungsverfahren war am 29.04.2020 eingeleitet worden (siehe EB 08/20). Nach Auffassung der Kommission untergräbt das am 14.02.2020 in Kraft getretene Justizgesetz in Polen die Unabhängigkeit der Richter. Denn mit dem neuen Gesetz könne der Inhalt gerichtlicher Entscheidungen als Disziplinarvergehen eingestuft werden und somit die Disziplinarregelung für die politische Kontrolle des Inhalts gerichtlicher Entscheidungen genutzt werden. Zudem verstößt es nach Ansicht der Kommission gegen den Vorrang des EU-Rechts, da polnische Gerichte daran gehindert werden könnten, Vorabentscheidungsersuchen einzureichen. In ihrer Antwort hatte die polnische Regierung die Argumentation der Kommission zurückgewiesen und die Einstellung des Verfahrens gefordert.

[Pressemitteilung der Kommission vom 30.10.2020](#)

[Pressemitteilung der Kommission vom 29.04.2020 zur Einleitung des Vertragsverletzungsverfahrens](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Irland wegen Nichteinhaltung der Fristen beim Europäischen Haftbefehl

Irland hat nach Ansicht der Kommission die verbindlichen Fristen für die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls nicht eingehalten. Darüber hinaus hat das Land zusätzliche Gründe für die Ablehnung eines Europäischen Haftbefehls angegeben, die sich auf die grenzüberschreitende justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen auswirken. Daher hat die Kommission am 30.10.2020 ein Aufforderungsschreiben an Irland gerichtet, in dem sie dem Land zwei Monate Zeit einräumt, um die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung der von ihr festgestellten Mängel zu ergreifen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission veröffentlicht Evaluierung der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt

Am 28.10.2020 veröffentlichte die Kommission eine Evaluierung der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (Richtlinie 2008/99/EG). Eingeflossen sind auch die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation, die von Oktober 2019 bis Januar 2020 durchgeführt worden war. Die Studie zeigt, dass die Richtlinie zwar von allen



Mitgliedstaaten umgesetzt worden sei, dass die Ziele der Richtlinie aber nur teilweise erreicht werden konnten. Gründe dafür seien u. a. ein zu kleiner Anwendungsbereich der Richtlinie, teils unklar formulierte Rechtsbegriffe, aber auch eine zu geringe Verfolgung und Bestrafung von Umweltstraftaten in den Mitgliedstaaten.

[Evaluierung der Richtlinie 2008/99/EG über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt \(in englischer Sprache\)](#)

[Anhänge der Evaluierung](#) (in englischer Sprache)

EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres

Justizministerin *Lambrecht* traf sich am 22.10.2020 per Videokonferenz mit ihren Amtskollegen aus den westlichen Balkanstaaten auf dem jährlichen EU-Westbalkan-Ministerforum für Justiz und Inneres (für den Innenbereich siehe Beitrag des StMI in diesem EB). Justizkommissar *Reynders* nahm ebenfalls an dem Treffen teil, ebenso wie Vertreter der kommenden Präsidentschaften aus Portugal und Slowenien. Ziel des jährlichen Treffens ist, die Westbalkanstaaten dabei zu unterstützen, EU-Standards umzusetzen und ihre Annäherung an die EU voranzutreiben. Es wurde erörtert, wie sich die Eilmaßnahmen zur Abmilderung der COVID-19-Pandemie auf die Funktionsfähigkeit der Justiz auswirken. Insbesondere wurde darauf verwiesen, dass Maßnahmen zur Abmilderung der Krise verhältnismäßig und befristet sein sollten. Weiteres Thema war der Zugang zum Recht im Zeitalter der Digitalisierung. Zuletzt gab es einen Austausch zu Rechtsstaatlichkeit und Justizreformen. Hierbei betonte die Kommission u. a., dass es wichtig sei, einen Rahmen für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft zu schaffen.

[Pressemitteilung des Rates \(in englischer Sprache\)](#)

[Pressemitteilung des BMJV](#)

CEPEJ veröffentlicht Evaluierungsbericht der Europäischen Justizsysteme 2020 (Daten aus 2018)

Am 22.10.2020 veröffentlichte die Europäische Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ) des Europarats einen Evaluierungsbericht der Europäischen Justizsysteme 2020 (Daten aus 2018). Der Bericht erscheint alle zwei Jahre und enthält Daten über die Funktionsweise der Justizsysteme von 45 europäischen Staaten und drei Beobachterstaaten (Marokko, Israel und Kasachstan), die es ermöglichen sollen, die Effizienz und Qualität der Justizsysteme zu bewerten. Er soll Entwicklungs-Trends aufzeigen. Zum ersten Mal enthält der Bericht auch Länderprofile. Diese enthalten Daten u. a. zu den Gehältern für Richter und Staatsanwälte sowie Daten über die Arbeitsbelastung der Staatsanwälte.

[Pressemitteilung des CEPEJ](#) (in englischer Sprache)

[Zum Bericht](#) (in englischer Sprache)

[Zu den Länderprofilen](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

KULTUR

Chemnitz wird Kulturhauptstadt Europas 2025

Am 28.10.2020 wurde bekanntgegeben, dass Chemnitz von einer europäischen Jury ausgewählt wurde, im Jahr 2025 den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ zu tragen. Damit setzte sich die Stadt u. a. gegen Nürnberg durch, das neben Hannover, Hildesheim und Magdeburg bis zuletzt im Rennen war.

Die 12-köpfige Jury, deren Mitglieder durch die Kommission, den Rat, das Europäische Parlament, den AdR, die Länder und den Bund benannt wurden, traf die Entscheidung auf der Grundlage der eingereichten 100-seitigen Bewerbungsbücher, der digitalen Stadtbesuche sowie der ebenfalls digital durchgeführten finalen Präsentationen der Bewerberstädte. Die formelle Ernennung erfolgt nun bis Jahresende durch die Kulturministerkonferenz im Benehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Neben Deutschland wird noch Slowenien im Jahr 2025 eine Kulturhauptstadt Europas stellen. Die slowenische Gewinnerstadt wird voraussichtlich im Dezember präsentiert.

[Pressemitteilung der Kultusministerkonferenz](#)

[Internetauftritt der Siegerstadt Chemnitz](#)

[Internetauftritt der Bewerberstadt Nürnberg](#)

FORSCHUNG

Europäischer Forschungsrat vergibt Synergy Grants

Am 05.11.2020 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Empfänger der diesjährigen Synergy Grants bekanntgegeben. Mit diesen fördert der ERC bahnbrechende Forschungsprojekte, in denen jeweils 2 - 4 Forscherinnen und Forscher aus ganz Europa und z. T. darüber hinaus zusammenarbeiten und ihr Know-how bestmöglich ergänzen. Dieses Jahr werden 34 Forschungsprojekte mit insgesamt rund 350 Mio. € aus dem Haushalt von Horizont 2020 unterstützt. Deutschland ist in 18 dieser Projekte vertreten und damit das erfolgreichste Teilnehmerland. An bayerischen Universitäten forschen drei der ausgewählten Empfänger:

- Prof. Dr. *Birthe Höcker* an der Universität Bayreuth
- Prof. Dr. *Jascha Repp* an der Universität Regensburg
- Prof. Dr. *Markus Sauer* an der Universität Würzburg

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Liste der ausgewählten Projekte](#)



Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz zum langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027 sieht Aufstockung für Forschung, Bildung und Kultur vor

Nachdem die EU-Staats- und Regierungschefs am 21.07.2020 einen Vorschlag für den mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) mit einem Volumen von 1,82 Bio. € beschlossen hatten, erzielten der deutsche Ratsvorsitz und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) am 10.11.2020 die politische Einigung über den nächsten MFR und das geplante Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU). Das Paket besteht aus dem MFR über 1,07 Bio. € und NGEU über 750 Mrd. €. (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Die politische Einigung mit dem EP sieht Änderungen im Vergleich zum Vorschlag der Staats- und Regierungschefs vor. Insbesondere sollen die sog. Flugschiffprogramme gezielt um insgesamt 15 Mrd. € aufgestockt werden. Zu diesen zählen auch die zentralen Förderprogramme zu Forschung, Bildung und Kultur, die wie folgt ergänzt werden (alle Angaben in Preisen von 2018):

- Horizont Europa: + 4,0 Mrd. € (addiert zu 75,9 Mrd. €, also insgesamt 79,9 Mrd. €+ weiterhin 5 Mrd. € in NGEU)
- Erasmus+: + 2,2 Mrd. € (addiert zu 21,208 Mrd. €, also insgesamt 23,408 Mrd. €)
- Kreatives Europa: + 0,6 Mrd. € (addiert zu 1,642 Mrd. €, also insgesamt 2,242 Mrd. €)

[Pressemitteilung des Rates zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

Kommission fördert Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich mit insgesamt 636 Mio. €

Die Kommission hat die umfangreiche Förderung von Forschungsprojekten im Gesundheitsbereich bekanntgegeben (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB). So wurde am 05.11.2020 die Unterzeichnung von Fördervereinbarungen mit 23 Forschungsprojekten zur Coronavirus-Pandemie angekündigt. Die 23 Projekte, an denen 344 Forschungsteams aus allen Mitgliedstaaten sowie 15 Staaten außerhalb der EU beteiligt sind, sollen insgesamt rund 128 Mio. € aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 erhalten.

Die Förderentscheidung ist das Ergebnis einer speziellen Aufforderung zur Interessenbekundung vom 19.05.2020 (EB 09/20) mit dem Ziel innovativer und schneller Ansätze zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie. Den Forscherinnen und Forschern soll ermöglicht werden, die industriellen Kapazitäten für die Herstellung und den Einsatz leicht verfügbarer Lösungen zur Bekämpfung der Pandemie zu stärken. Ferner sollen medizinische Technologien und digitale Werkzeuge entwickelt, das Verständnis der verhaltensbezogenen und sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie verbessert und mithilfe großer Patientengruppen (Kohorten) in ganz Europa Erkenntnisse gewonnen werden.



Bereits am 30.10.2020 hat die Kommission überdies bekanntgegeben, weitere 75 Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich, ohne Schwerpunkt auf der Corona-Pandemie, mit rund 508 Mio. € zu fördern. Damit wird im letzten Jahr des Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 die größte Fördersumme für die Gesundheitsforschung bereitgestellt. An den Projekten werden 1158 Teilnehmer aus 58 Ländern beteiligt sein.

Die Investitionen sollen u. a. die Entwicklung digitaler Diagnostik und verschiedener neuer Interventionen gegen Krebs, zerebrale Krankheiten und Infektionskrankheiten ermöglichen.

[Pressemitteilung der Kommission zu den 23 Corona-bezogenen Projekten](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht zu den geförderten Projekten](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission zu den 75 Gesundheitsforschungsprojekten mit weiteren Links](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

Kommission legt Herbstprognose vor und erwartet wegen Wiederaufflammen der Pandemie eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung

Am 05.11.2020 veröffentlichte die Kommission ihre jährliche Herbstprognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Sie behandelt für die Jahre 2020 - 2022 die makroökonomische Situation in der EU, dem Euroraum und den einzelnen Mitgliedstaaten. Die Kommission geht davon aus, dass die Wirtschaft des Euroraums 2020 um 7,8 % schrumpft und 2021 ein Plus von 4,2 % verzeichnet (2022: +3 %). Die EU-Wirtschaft insgesamt dürfte 2020 um 7,4 % schrumpfen und 2021 um 4,1 % wachsen (2022: +3 %). Im Vergleich zur Sommerprognose (EB 12/20) liegt die Wachstumserwartung damit für 2020 etwas höher, für 2021 etwas niedriger. Die Produktion werde 2022 ihren Stand vor der Pandemie wohl nicht erreichen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum werde 2020 voraussichtlich auf 8,3 % steigen, 2021 auf 9,4 % und 2022 dann auf 8,9 % sinken; für die Gesamt-EU schätzt die Kommission 7,7 % im Jahr 2020, 8,6 % im Jahr 2021 und 8,0 % im Jahr 2022. Die gesamtstaatlichen Defizite dürften durch steigende Sozialausgaben und sinkende Steuereinnahmen 2020 in der gesamten EU erheblich ansteigen, im Euroraum auf ca. 8,8 %. 2021 sollen sie dann wieder auf 6,4 % sinken (2022: 4,7 %). Daher werde auch die Gesamtschuldenquote des Euroraums 2020 auf 101,7 % und 2021 auf 102,3 % steigen (2022: 102,6 %). Dagegen bleibt die Inflation im Euroraum laut Prognose niedrig: 2020 durchschnittlich 0,3 %, 1,1 % im Jahr 2021 und 1,3 % im Jahr 2022.

[Webseite der Kommission zur Herbstprognose 2020 vom 05.11.2020](#) (in englischer Sprache)

[Herbstprognose 2020 für Deutschland vom 05.11.2020](#) (in englischer Sprache)

EU-HAUSHALT

Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz

Nach zehnwöchigen schwierigen Verhandlungen erzielte der deutsche Ratsvorsitz am 10.11.2020 mit den Verhandlungsführern des Europäischen Parlaments (EP) die politische Einigung über den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) und das geplante Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU). Die Einigung ist die Basis für die EP-Zustimmung zu dem Haushaltspaket über 1,82 Bio. €, das die EU-Staats- und Regierungschefs am 21.07. vereinbarten (EB 13/2020), und ergänzt diese in einigen Punkten. Das Paket besteht aus dem MFR über 1,07 Bio. € und NGEU über 750 Mrd. €. Die politische Einigung mit dem EP umfasst eine gezielte Aufstockung sog. Flaggshipprogramme um 15 Mrd. €, die beim Juli-Gipfel festgelegten Ausgabenobergrenzen sollen jedoch eingehalten werden. Zudem soll es 1 Mrd. € mehr für Haushaltsflexibilität geben, um auf Unvorhergesehenes reagieren zu können. Die zusätzlichen Gelder sollen hauptsächlich aus Wettbewerbsstrafen von Unternehmen stammen. Auch sieht der Kompromiss einen Fahrplan für neue direkte EU-Eigenmittel vor – auf Kunststoffabfall basierender nationaler Beitrag ab 2021, auf dem EU-Emissionshandelssystem basierende Einnahmen ab 2023, ggf. verbunden mit



CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, digitale Abgabe ab 2024, Finanztransaktionsteuer ab 2026 und Beitrag mit Blick auf den Unternehmenssektor oder neue Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage ab 2026.

[Pressemitteilung des Rates zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

[Twitterbeitrag des Sprechers des deutschen Ratsvorsitzes zum Kompromiss vom 10.11.2020](#) (in englischer Sprache)

Rechtsstaatlichkeitsmechanismus im langfristigen EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz

Für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Jahre 2021 - 2027 (MFR) einigten sich die Verhandlungsführer des deutschen Ratsvorsitzes und des Europäischen Parlaments (EP) am 05.11.2020 auf einen Konditionalitätsmechanismus zur Rechtsstaatlichkeit – also zur Verknüpfung der Vergabe von EU-Geldern mit der Lage in den Mitgliedstaaten. Finanzielle Sanktionen sollen schon dann präventiv möglich sein, wenn wegen des Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit ein Missbrauch von EU-Mitteln drohen würde. So sollen als Verstöße z. B. eine Gefährdung der Unabhängigkeit der nationalen Justiz, die ausbleibende Korrektur willkürlicher oder unrechtmäßiger Entscheidungen und die Einschränkung von Rechtsmitteln gelten. Zunächst hatte der Entwurf des Ratsvorsitzes Mittelkürzungen nur vorgesehen, wenn Mitgliedstaaten gegen Rechtsstaatsprinzipien verstoßen und sich dies „in hinreichend direkter Weise“ auf Haushaltsführung und finanzielle EU-Interessen auswirkt. Zudem sollen Endbegünstigte – etwa Landwirte, Universitäten und NGOs – EU-Fördermittel nun direkt von der Kommission erhalten können, auch wenn der Konditionalitätsmechanismus in ihrem Mitgliedstaat ausgelöst wurde. Bei den Abstimmungsregeln soll es dabei bleiben, dass der Rat Mittelkürzungen nach Kommissionsvorschlag mit qualifizierter Mehrheit beschließen muss. EP und Rat müssen die Einigung noch formal annehmen, Polen und Ungarn haben dagegen protestiert.

[Pressemitteilung des Rates zum Kompromiss vom 05.11.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zum Kompromiss vom 05.11.2020](#)

Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Ausschüsse des Europäischen Parlaments nehmen Standpunkt zum Kern des Corona-Wiederaufbauinstruments an

Am 09.11.2020 tagten der Haushaltsausschuss (BUDG) und der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments. Sie verabschiedeten dabei u. a. mit 73 gegen 11 Stimmen bei 15 Enthaltungen ihre Position zu Zielen, Finanzierung und Regeln für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit des geplanten Wiederaufbauinstruments „Next Generation EU“ (NGEU). Weiter stimmten die Ausschüsse der Aufnahme baldiger Verhandlungen mit Rat und Kommission hierüber zu – dies mit 84 gegen 11 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Bei der Linderung wirtschaftlicher und sozialer Pandemiefolgen soll die Fähigkeit die Mitgliedstaaten laut BUDG und ECON vier Jahre lang mit insgesamt 672,5 Mrd. € in Form von Zuschüssen und



Darlehen unterstützen, anstatt drei Jahre wie vom Rat vorgesehen. Außerdem soll statt 10 % max. 20 % Vorfinanzierung möglich sein. Nationale Aufbau- und Resilienzpläne kämen aus Sicht der Ausschüsse für eine Finanzierung infrage, wenn sie mit sechs EU-Prioritäten in Einklang stehen: ökologischer Wandel, digitaler Wandel, wirtschaftlicher Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit, sozialer und territorialer Zusammenhalt, institutionelle Krisenreaktion und Krisenvorsorge, und die NGEU-Politikbereiche. BUDG und ECON fordern zudem, dass nur Mitgliedsstaaten, die Rechtsstaatlichkeit und EU-Grundwerte wahren, Mittel erhalten sollen. Auch müsse die Finanzierung als „EU-Aufbauinitiative“ sichtbar sein und transparent umgesetzt werden.

[Bericht von BUDG und ECON zum Verordnungsvorschlag zur Einrichtung einer Aufbau- und Resilienzfazilität vom 10.11.2020](#) (in englischer Sprache)

EU-Jahreshaushalt 2021: Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments nimmt Standpunkt an und setzt seinen Schwerpunkt bei nachhaltiger Erholung von der Pandemie

Am 28.10.2020 tagte der Haushaltsausschuss (BUDG) des Europäischen Parlaments (EP). Nach der Abstimmung über fast 1.300 Änderungsanträge zum Entwurf für den EU-Jahreshaushalt 2021 bereits am 14.10.2020 nahm der BUDG nun den Entschließungsentwurf seiner Berichterstatter *Pierre Larrourou* (S&D, FRA) und *Olivier Chastel* (Renew Europe, BE) mit 35 Stimmen bei zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen an. 2021 ist der erste Haushalt der nächsten langfristigen Haushaltsperiode 2021 - 2027. Laut BUDG soll der Haushalt 2021 knapp 182 Mrd. € an Verpflichtungsermächtigungen umfassen, eine Erhöhung um 15 Mrd. € gegenüber dem Kommissionsvorschlag (EB 11/20). Konzentrieren solle er sich hauptsächlich darauf, die Pandemiefolgen abzuschwächen und eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu unterstützen – aufbauend auf dem europäischen Grünen Deal und der digitalen Transformation. Der BUDG fordert daher erhebliche Ergänzungen, u. a. für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, digitale Infrastruktur, Verkehrsnetze, Energie, Klimawandel, Migration, Sicherheit, Tourismus, Grundrechte und außenpolitische EU-Maßnahmen. Zudem möchte er in allen Bereichen 30 % der Gelder für Klimamaßnahmen und 10 % für Biodiversität einsetzen. Erforderlich ist nun die Annahme dieser Entschließung auch durch das Parlamentsplenum und dann eine Einigung zwischen Rat und Parlament, damit der EU-Haushalt für 2021 endgültig beschlossen werden kann.

[BUDG-Bericht über den Ratsstandpunkt zum Entwurf des EU-Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 vom 03.11.2020](#)

[Pressemitteilung zur BUDG-Abstimmung über den Haushaltsentwurf 2021 vom 28.10.2020](#) (in englischer Sprache)

[Webseite des EP zum Haushaltsverfahren 2021](#) (in englischer Sprache)



Finanzierung von Kurzarbeit: Kommission zahlt erste 17 Mrd. € aus und platziert EU-Sozialanleihen am europäischen Kapitalmarkt

Am 27.10.2020 zahlte die Kommission an drei EU-Mitgliedstaaten, Italien, Polen und Spanien, im Rahmen des neuen EU-Kreditprogramms zur Finanzierung von Kurzarbeit (*Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency*, SURE) die erste Unterstützung aus. Bei dieser ersten Tranche handelt es sich um 17 Mrd. €: Italien erhielt davon 10 Mrd. €, Spanien 6 Mrd. € und Polen 1 Mrd. €. Insgesamt sind Italien aus dem SURE-Instrument 27,4 Mrd. € an Darlehen zugesagt, Spanien 21,3 Mrd. € und Polen 11,2 Mrd. €. Am selben Tag wurde an der Luxemburger Börse im Beisein von Haushaltskommissar *Johannes Hahn* (Österreich) und des luxemburgischen Premierministers *Xavier Bettel* die erste dafür ausgegebene Sozialanleihe eingeführt. Dem war am 20.10. die erstmalige Emission von Anleihen im Namen der EU zur SURE-Finanzierung vorausgegangen (EB 17/20). Am 10.11. führte die Kommission dann ihre zweite Emission im Rahmen von SURE – diesmal im Gesamtwert von 14 Mrd. € – durch und erweiterte damit diese Anleihen um fünf- und 30-jährige Schuldpapiere. Hiervon werden 8 Mrd. € im November 2025 und 6 Mrd. € im November 2050 zur Rückzahlung fällig. Auch diese beiden SURE-Anleihen waren erheblich überzeichnet – 13- bzw. 11,5-fach –, was sich in erneut günstigen Konditionen für die Finanzierung niederschlug: Die 5-jährige Anleihe bietet laut Kommission eine Rendite von -0,509 %, die 30-jährige Anleihe 0,317 %.

[Meldung der Kommission u. a. zur zweiten SURE-Anleihebegebung vom 11.11.2020](#) (in englischer Sprache)
[Pressemitteilung der Kommission zur erstmaligen SURE-Anleihebegebung vom 21.10.2020](#) (in englischer Sprache)
[Website der Kommission zum SURE-Kreditprogramm](#) (in englischer Sprache)

STEUER

Besteuerung der digitalen Wirtschaft: Parlamentsausschuss debattiert mit Kommission und OECD den Stand der geplanten Reform

Am 28.10.2020 diskutierte der Unterausschuss für Steuerfragen (FISC) im Europäischen Parlament (EP) mit dem Direktor für direkte Steuern bei der Generaldirektion Steuern und Zoll der Kommission, *Benjamin Angel*, und dem Direktor für Steuerpolitik bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), *Pascal Saint Amans*, über den Reformstand des internationalen Steuersystems. Zwei Wochen vorher hatten die G20-Finanzminister beschlossen, eine mögliche globale Einigung auf Mitte 2021 zu verschieben. Das Europäische Parlament erklärte bislang, ohne Einigung bis Ende 2020 solle die EU die Führung übernehmen und eine eigene Digitalsteuer schaffen. Denn mehrere Länder, auch Mitgliedstaaten, würden bereits einseitig Digitalsteuern einführen. Im Austausch mit dem FISC stimmte *Angel* nun zu, der OECD eine letzte Chance zu geben, eine Einigung zu erzielen – vorausgesetzt, der neue Termin Mitte 2021 sei der letzte. Denn man brauche so früh wie möglich eine Einigung, warnte er. So sei die Kommission verpflichtet, bis Juni 2021 Vorschläge für neue EU-Eigenmittel vorzulegen – einschließlich einer Abgabe, die auf dem digitalen Sektor basiere. Hierbei werde man die OECD-Diskussion so weit wie möglich berücksichtigen, versicherte



Angel. Saint-Amans verwies zuversichtlich u. a. darauf, es gebe in den USA einen überparteilichen Willen, voranzukommen. Der Austausch soll in einen FISC-Initiativbericht in den kommenden Monaten einfließen.

[Videoaufzeichnung der FISC-Sitzung am 28.10.2020](#)

Kommission möchte die Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen überprüfen und nimmt dazu Rückmeldungen entgegen

Am 22.10.2020 veröffentlichte die Kommission eine neue Initiative zur Überprüfung der Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen samt anfänglicher Folgenabschätzung. Es geht hierbei um Anpassungen der Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (2006/112/EG). Bis zum 19.11.2020 nimmt die Kommission Rückmeldungen zu ihrem Fahrplan für die Überprüfung entgegen. Laut Kommission ist die Richtlinie zu überarbeiten, da die Regeln aus dem Jahr 1977 stammen und mittlerweile weitgehend veraltet seien. Die Vorschriften würden als (zu) komplex und als in der Praxis schwierig anzuwenden angesehen. Insbesondere hätten sie nicht mit der Entwicklung neuer Dienstleistungen im Finanzsektor Schritt gehalten, z. B. Dienstleistungen im Bereich der Finanztechnologie oder von Kryptowährungen. Zudem gehe es der Kommission darum, sich mit den Folgen der EuGH-Urteile von 2017 zu Kostenteilungsvereinbarungen auseinanderzusetzen – mit denen dieser einen restriktiven Ansatz gewählt habe. Zuvor hätten Finanz- und Versicherungsunternehmen in großem Umfang solche Vereinbarungen genutzt, um die Folgen ihrer Vorsteuerlast auszugleichen. 2017 habe der EuGH jedoch diese von den meisten Mitgliedstaaten erlaubte Praxis aufgehoben. Nach der aktuellen Anhörung zu dem Fahrplan plant die Kommission für das erste Quartal 2021 eine inhaltliche Konsultation und für das vierte Quartal ihren Gesetzentwurf.

[Initiative zur Überprüfung der Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen](#)

EuGH-Generalanwältin: Ernährungsberatung in Fitnessstudio könnte unter Umständen von der Mehrwertsteuer befreit sein

Am 22.10.2020 legte die Generalanwältin am EuGH *Juliane Kokott* ihre Schlussanträge zum Vorabentscheidungsersuchen des portugiesischen *Tribunal Arbitral Tributário* – Schiedsgericht für Steuerangelegenheiten – wegen der Mehrwertsteuerpflicht integrierter Leistungen in einem Fitnessstudio vor (Rechtssache C-581/19, *Frenetikexito – Unipessoal Lda / Autoridade Tributária e Aduaneira*). In dem Rechtsstreit geht es darum, wann die von einem Fitnessstudio angebotene professionelle Ernährungsberatung separat von der Fitness-Dienstleistung zu betrachten und dann ggf. als Heilbehandlung mehrwertsteuerfrei ist (Art. 132 Abs. 1 Buchst. c der Richtlinie 2006/112/EG). Auch fragt das portugiesische Gericht, ob die tatsächliche Inanspruchnahme der Ernährungsberatung relevant sei. Laut *Kokott* ist die Beratung keine abhängige Nebenleistung, da ihr Zweck nicht nur zusammen mit der Fitness-Dienstleistung erreicht werden könne und sie 40 % der monatlichen Gebühr ausmache. Die Dienstleistungen zu Ernährung, körperlicher Fitness und körperlichem Wohlbefinden seien hier verschiedene, voneinander unabhängige Leistungen. Eine Steuerbefreiung greift aber nur dann, wenn die Ernährungsberatung einem therapeutischen Ziel dient – und



nicht lediglich das allgemeine Wohlbefinden steigert, meint die Generalanwältin. Dies zu prüfen, sei Aufgabe des nationalen Gerichts. Die Schlussanträge der Generalanwältin sind für den EuGH nicht bindend.

[Schlussanträge der Generalanwältin Kokott zur Rechtssache C-581/19 P, Frenetikexito – Unipessoal Lda / Autoridade Tributária e Aduaneira, vom 22.10.2020](#)

WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Haushaltsdefizit im Euroraum: Pandemie verursacht Rekordanstieg im zweiten Quartal 2020

Wie das statistische Amt der EU, Eurostat, am 22.10.2020 bekannt gab, stiegen im zweiten Quartal 2020, das von COVID-19-Eindämmungsmaßnahmen und den politischen Reaktionen darauf geprägt gewesen sei, sowohl das Defizit der öffentlichen Haushalte als auch die Schuldenstände drastisch: Das Verhältnis von öffentlichem Defizit – Finanzierungssaldo des Staatssektors – zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sei im Euroraum saisonbereinigt von 2,5 % im Vorquartal auf 11,6 % angewachsen, in der Gesamt-EU auf 11,4 %. Dies sind laut Eurostat die höchsten öffentlichen Defizite seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2002. Alle Mitgliedstaaten hätten im zweiten Quartal 2020 ein öffentliches Defizit verzeichnet. Für Deutschland weist Eurostat ein saisonbereinigtes Defizit von 9,2 % des BIP aus, gegenüber einem Haushaltsüberschuss von 0,4 % im Vorquartal. Der öffentliche Schuldenstand – Bruttoschuldenstand des Staatssektors – habe am Ende des zweiten Quartals im Verhältnis zum BIP im Euroraum 95,1 % betragen, gegenüber 86,3 % am Ende des ersten Quartals. In der Gesamt-EU stieg die Verschuldungsquote laut Eurostat von 79,4 % auf 87,8 %. Die Verschuldungsquote in Deutschland habe sich am Ende des zweiten Quartals auf 67,4 % belaufen, gegenüber 61,1 % am Ende des Vorquartals. Insgesamt seien die großen Anstiege einerseits auf ein starkes Wachstum der Staatsverschuldungen und andererseits auf ein sinkendes BIP zurückzuführen.

[Mitteilung von Eurostat zu öffentlichem Defizit im Euroraum und in der EU vom 22.10.2020](#)

[Mitteilung von Eurostat zum Anstieg des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum und in der EU vom 22.10.2020](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz

Am 10.11.2020 erzielten die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) und der deutschen Ratspräsidentschaft eine politische Einigung über den nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021 - 2027 (MFR) und das geplante Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ (NGEU). Die Einigung ist die Basis für die EP-Zustimmung zu dem Haushaltspaket über 1,82 Bio. € (MFR: 1,07 Bio. €, NGEU: 750 Mrd. €), das die EU-Staats- und Regierungschefs am 21.07.2020 vereinbarten (EB 13/20). Darüber hinaus sieht die nun erzielte Trilogeinigung zusätzliche Mittel in Höhe von 16 Mrd. € vor, die u. a. dem Forschungsförderprogramm Horizon Europe sowie den Programmen InvestEU, Erasmus+, Creative Europe und EU4Health zugutekommen sollen. Die Grundsatzeinigung wird nun den 27 Mitgliedstaaten im Rat sowie dem EP zur Billigung vorgelegt. Ebenfalls Gegenstand einer vorläufigen Einigung sind ein Fahrplan für neue direkte EU-Eigenmittel sowie eine Verknüpfung von EU-Geldern mit der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten (siehe hierzu Beiträge des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung des Rates zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zum Kompromiss vom 10.11.2020](#)

[Pressemitteilung des Rates zum Kompromiss vom 05.11.2020](#)

[Pressemitteilung des EP zum Kompromiss vom 05.11.2020](#)

Rat und Europäisches Parlament legen Standpunkte zum erneuerten Programm InvestEU fest

Der Rat legte am 04.11.2020 seinen Standpunkt zum erneuerten InvestEU-Programm fest und erteilte sein partielles Verhandlungsmandat für die Trilog-Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament (EP). Die Abgeordneten des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (EP) nahmen ihre Position bereits am 28.10.2020 an.

Sobald diese auf der EP-Plenarsitzung bestätigt und das Verhandlungsmandat des EP erteilt ist, können die Trilog-Verhandlungen beginnen.

Das Programm ist Teil des MFR und zielt darauf ab, die verschiedenen derzeit verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumente zusammenzuführen, da in der EU immer noch eine große Investitionslücke bestehe. Durch das Programm sollen mehr als 1,2 Mrd. € an zusätzlichen Investitionen in der EU mobilisiert werden, die den Bereichen Solvenzhilfe, Nachhaltige Infrastruktur, Förderung von Innovation und Digitalisierung, Zugang zu Finanzierungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, Soziale Investitionen und Kompetenzen sowie strategische europäische Investitionen zugutekommen sollen.



Bereits im März 2019 war es zu einer partiellen vorläufigen Einigung zwischen dem EP und dem Rat gekommen (EB 06/19). Die Kommission hatte jedoch im Rahmen ihres Vorschlags für den Wiederaufbauplan, Next Generation EU, vom 27.05.2020 auch einen neuen Vorschlag zum InvestEU-Programm vorgelegt. Der Anwendungsbereich des Vorschlags wurde dabei ausgeweitet, indem auch Investitionen in strategischen Sektoren, die mit dem grünen und digitalen Wandel in Zusammenhang stehen, darunterfallen.

[Pressemitteilung des Rates](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung des EP](#)

Kommission legt Herbstprognose vor und erwartet wegen Wiederaufflammen der Pandemie eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung

Die Kommission veröffentlichte am 05.11.2020 ihre jährliche Herbstprognose zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung in der EU, dem Euroraum und den einzelnen Mitgliedstaaten. Darin geht die Kommission davon aus, dass die Wirtschaft des Euroraums 2020 um 7,8 % schrumpft und 2021 ein Plus von 4,2 % verzeichnet (2022: +3 %). Die EU-Wirtschaft insgesamt dürfte 2020 um 7,4 % schrumpfen und 2021 um 4,1 % wachsen (2022: +3 %) (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Herbstprognose 2020 für Deutschland vom 05.11.2020](#) (in englischer Sprache)

Kartellrecht: Kommission geht gegen Amazon vor

Die Kommission geht derzeit in zwei Fällen kartellrechtlich gegen Amazon vor.

Zum einen hat sie an Amazon eine Mitteilung der Beschwerdepunkte wegen Nutzung nichtöffentlicher Daten unabhängiger Verkäufer gerichtet. Sie wirft dem Unternehmen vor, diese Daten systematisch für eigene, in unmittelbarem Wettbewerb stehende Einzelgeschäfte zu nutzen und so seine beherrschende Marktstellung in Deutschland und Frankreich ausweiten zu können. Hierzu hatte die Kommission im Juli 2019 eine eingehende Untersuchung eingeleitet (EB 15/19).

Zum anderen hat die Kommission eine Untersuchung der E-Commerce-Geschäftspraxis des Unternehmens eingeleitet, um zu prüfen, ob Amazon eigene Angebote und Angebote von Verkäufern, die die Logistik- und Versanddienste von Amazon nutzen, bevorzugt behandelt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Staatliche Beihilfen: Kommission veröffentlicht Ergebnisse der Evaluierung der EU-Beihilfavorschriften

Die Kommission hat am 30.10.2020 die Ergebnisse der Evaluierung der EU-Beihilfavorschriften veröffentlicht. Demnach erfüllen das System der Beihilfekontrolle und die Beihilfavorschriften zwar grundsätzlich den



erwarteten Zweck, allerdings bestehe bei einigen Vorschriften noch Anpassungsbedarf. Nur dadurch könne den Anforderungen des Europäischen Green Deals, der Industriestrategie und der Digitalstrategie Rechnung getragen werden. Im Januar 2019 leitete die Kommission die Evaluierung im Rahmen der laufenden Überprüfung der Beihilfenvorschriften ein, die alle Teile des Pakets zur Modernisierung der Beihilfenvorschriften umfasste (EB 01/19).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission startet öffentliche Konsultation zu Nachhaltiger Unternehmensführung

Die Kommission hat am 26.10.2020 eine öffentliche Konsultation zum Thema Nachhaltige Unternehmensführung eingeleitet. Ziel der Konsultation ist es, festzustellen, wie Unternehmen dabei unterstützt werden können, Nachhaltigkeitsfragen in ihren eigenen Geschäftsabläufen und Wertschöpfungsketten besser zu steuern. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 08.02.2021 (siehe hierzu auch Beitrag des StMJ in diesem EB).

[Zur Konsultation](#)

Konsultation zu delegierter Verordnung zur Änderung der Liquiditätsdeckungsanforderung für gedeckte Schuldverschreibungen

Die Kommission hat am 27.10.2020 eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung der Liquiditätsdeckungsanforderung für gedeckte Schuldverschreibungen eingeleitet.

Da 2019 eine Liquiditätspuffer-Anforderung für gedeckte Schuldverschreibungen eingeführt wurde, sollen die Liquiditätsanforderungen geändert und angepasst werden sowie überholte Vorschriften überarbeitet werden. Die Annahme der delegierten Verordnung ist für das vierte Quartal 2020 geplant.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 24.11.2020.

[Zur Initiative](#)

Folgenabschätzung zur Überarbeitung der CO₂-Grenzwerte für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge

Die Kommission hat am 29.10.2020 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase zur Überarbeitung der Verordnung zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge veröffentlicht.

Dies ist Teil der Umsetzung des Green Deals und soll dazu beitragen, die von der Kommission vorgeschlagenen neuen Klimaziele für 2030 zu erreichen.

Für das vierte Quartal ist zudem eine öffentliche Konsultation hierzu geplant. Die Annahme durch die Kommission soll im zweiten Quartal 2021 erfolgen.



Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 26.11.2020.

[Zur Initiative](#)

Folgenabschätzung zur Aktualisierung der Vorschriften zum EU-Emissionshandelssystem

Die Kommission hat am 29.10.2020 eine Folgenabschätzung zur Aktualisierung der Vorschriften zum EU-Emissionshandelssystem (EHS) veröffentlicht. Dies soll zur Erreichung der neuen Klimaziele der Kommission bis 2030, die Senkung der Treibhausgasemissionen auf mindestens 50 % des Niveaus von 1990, beitragen.

Es soll dabei auch festgestellt werden, ob das EHS auf neue Wirtschaftszweige ausgeweitet werden soll. Eine öffentliche Konsultation ist noch für das vierte Quartal 2020 geplant.

Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 26.11.2020.

[Zur Initiative](#)

Folgenabschätzung zur Überarbeitung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten

Die Kommission hat am 10.11.2020 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase zur Überarbeitung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten veröffentlicht. Ziel der Überarbeitung ist es, die Effizienz, Flexibilität und Gesamtkohärenz der Regelungen für den Ausfall von Banken in der EU bei der Abwicklung oder Insolvenz zu erhöhen, die Gleichbehandlung der Einleger zu gewährleisten und das Niveau des Einlegerschutzes zu verbessern, möglicherweise auch durch die Schaffung eines gemeinsamen Einlegerschutzmechanismus. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 08.12.2020.

[Zur Initiative](#)

Bericht des Europäischen Rechnungshofs zur Verwirklichung der Kapitalmarktunion

Der Europäische Rechnungshof (ERH) hat am 11.11.2020 einen Bericht über die Fortschritte der EU hin zu einer europäischen Kapitalmarktunion veröffentlicht. Die Prüfer gelangen dabei zu der Auffassung, dass trotz der Bemühungen der Kommission bisher kaum Ergebnisse erzielt wurden. Die Kommission bemühe sich seit 2015 neben der Bankenunion auch eine Kapitalmarktunion zu schaffen, um alternative Finanzierungsquellen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-ups zu schaffen. Allerdings seien die meisten Rechtsakte noch nicht oder gerade erst umgesetzt worden.

[Pressemitteilung des ERH](#)

[Bericht des ERH](#) (in englischer Sprache)



Europäischer Rechnungshof analysiert Unterstützung des Tourismus-Sektors durch die EU

Der Europäische Rechnungshof (ERH) untersucht derzeit, inwiefern die EU den Tourismus unterstützt. Konkret wird untersucht, ob die EU-Förderung öffentlicher Investitionen in den Tourismus wirksam eingesetzt wurde und ob der Tourismus-Bereich vor der COVID-19-Krise angemessen unterstützt wurde. Zudem soll bewertet werden, was seitens der EU unternommen wird, um die negativen Auswirkungen der Pandemie zu begrenzen. Die finanzielle Unterstützung des Tourismus-Sektors erfolgt hauptsächlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Kohäsionsfonds.

[Pressemitteilung des ERH](#)

TECHNOLOGIE UND INNOVATION

Weltraumwirtschaft: Rat nimmt Schlussfolgerungen an

Der Rat hat am 11.11.2020 Ratsschlussfolgerungen zum Thema „Richtungsvorgaben für den europäischen Beitrag zur Festlegung wesentlicher Grundsätze für die digitale Weltraumwirtschaft“ angenommen. Diese weisen Richtungsvorgaben für die künftige europäische Raumfahrtspolitik aus. Der Rat betont darin, dass bereits eine wettbewerbsfähige europäische Raumfahrtindustrie entstanden ist. Hierfür seien weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen und fairer und freier Handel erforderlich. Insbesondere müsse der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Start-ups, Scale-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verbessert werden. Zudem weist der Rat darauf hin, dass die technologische Unabhängigkeit Europas gewährleistet sein muss und betont die Notwendigkeit eines sicheren, autonomen, zuverlässigen, kosteneffizienten und erschwinglichen Zugangs zum Weltraum. Besonders wichtig sei das Weltraumverkehrsmanagements und das Thema Cybersicherheit.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Ratsschlussfolgerungen zur Weltraumpolitik \(in englischer Sprache\)](#)

Pilotprojekt Künstliche Intelligenz und Blockchain: 700 Mio. € für Risikokapitalfonds u. a. in Deutschland

Um den Einsatz und die Entwicklung von künstlicher Intelligenz und Blockchain-Technologien voranzubringen unterstützt der Europäische Investitionsfonds (EIF) im Rahmen des neuen InnovFin-Pilotprojekts „Künstliche Intelligenz und Blockchain“ Risikokapitalfonds in Deutschland, Österreich, Finnland, Luxemburg und den Niederlanden mit insgesamt 700 Mio. €. Der EIF wird dabei vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) unterstützt.

Hierdurch sollen aufstrebenden Technologieunternehmen vor allem in den Bereichen Automatisierung, intelligente Städte, Cybersicherheit, Sprache und maschinelles Lernen zusätzliche Finanzmittel zugutekommen.



[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Informationen zum Pilotprojekt „KI und Blockchain“](#) (in englischer Sprache)

AUßENWIRTSCHAFT

Handelspolitik: Austausch der Handelsminister

Im Rahmen einer Videokonferenz zogen die EU-Handelsminister u. a. Bilanz zu den US-Wahlen und betonten die Bedeutung der USA als transnationalen Handelspartner der EU um den bestehenden Herausforderungen der Corona-Krise, des Klimawandels und den Problemen des multilateralen Handelssystems zu begegnen.

Zudem führten sie eine Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Handels- und Investitionspolitik der EU. Die derzeit dazu laufende Konsultation (EB 11/20) zielt darauf ab, herauszufinden, welchen Beitrag die Handelspolitik bei der Erholung von der Corona-Krise und für den Übergang zu einer grünen, digitalen und widerstandsfähigeren EU leisten kann. Anfang des Jahres 2021 ist die Veröffentlichung einer Mitteilung der Kommission zur neuen Ausrichtung der EU-Handelspolitik geplant. Besonderes Augenmerk der Minister lag auf der Reform der Welthandelsorganisation (WTO).

Ein weiterer Austausch fand zu den Handelsbeziehungen zwischen der EU und China statt, mit besonderem Schwerpunkt auf dem geplanten umfassenden Investitionsschutzabkommen. Die Minister betonten dabei die Notwendigkeit, die Verhandlungen weiterzubringen, mit dem Ziel, noch in diesem Jahr zu einer Einigung zu kommen und ein offenes, faires und transparentes Geschäftsumfeld für EU-Investoren in China zu schaffen.

[Pressemitteilung des Rates](#)

Güter mit doppeltem Verwendungszweck: Vorläufige politische Einigung

Der deutsche Ratsvorsitz und das Europäische Parlament erzielten am 09.11.2020 eine vorläufige politische Einigung über die Überarbeitung der Verordnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck (EB 11/19). Güter mit doppeltem Verwendungszweck sind Güter, Materialien, Software und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Die derzeitigen seit 2009 geltenden Vorschriften sollen durch die überarbeitete Verordnung an die neuen technologischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten angepasst werden. Die neue Verordnung enthält u. a. Regelungen zu strengeren Ausfuhrkontrollen von Technologien für digitale Überwachung, zur Schaffung eines Koordinierungsmechanismus auf EU-Ebene, zur verbesserten Zusammenarbeit zwischen Genehmigungs- und Zollbehörden sowie zur Berichterstattung.

In einem nächsten Schritt muss die Einigung vom Ausschuss der Ständigen Vertreter gebilligt und anschließend vom EP und vom Rat angenommen werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)



WTO: Politische Einigung zur Durchsetzungsverordnung zum Schutz der Handelsinteressen der EU

Am 28.10.2020 gab es zwischen dem deutschen Ratsvorsitz und dem Europäischen Parlament eine politische Einigung zur Änderung der Durchsetzungsverordnung über die Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendungen und Durchsetzung internationaler Handelsregeln (EB 22/19). Durch diese sollen die Handelsinteressen der EU vor dem Hintergrund der derzeitigen Blockade bei der Besetzung des Berufungsgremiums der Welthandelsorganisation (WTO) besser geschützt werden.

Grundsätzlich ist für das Ergreifen von handelspolitischen Gegenmaßnahmen das Durchlaufen sämtlicher WTO-Verfahren erforderlich. Da es jedoch derzeit kein funktionsfähiges WTO-Berufungsgremium gibt, können sich die WTO-Mitglieder ihren Verpflichtungen entziehen und einer verbindlichen Entscheidung durch die WTO entgehen. Durch den neuen Vorschlag wird es der EU ermöglicht, Gegenmaßnahmen auch ohne das Durchlaufen des Berufungsgremiums zu ergreifen.

Zudem wird der Geltungsbereich möglicher Gegenmaßnahmen auf Dienstleistungen und harmonisierte Bereiche der Rechte des geistigen Eigentums ausgeweitet.

In einem nächsten Schritt muss die politische Einigung nun noch vom Rat mit qualifizierter Mehrheit bestätigt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

WTO: EU führt Gegenmaßnahmen auf Exporte aus den USA ein

Die EU hat am 10.11.2020 die Zölle auf Exporte aus den USA im Wert von 4 Mrd. \$ erhöht. Diese Gegenmaßnahmen wurden von der Welthandelsorganisation (WTO) offiziell genehmigt (EB 17/20), als Reaktion auf illegale Subventionen des amerikanischen Flugzeugherstellers Boeing durch die USA. Parallel dazu hatte die WTO im Oktober 2019 entschieden, dass die USA Zölle in Höhe von 7,5 Mrd. \$ auf den Export von Waren aus der EU erheben durfte, da an den Flugzeugbauer Airbus unrechtmäßige EU Subventionen geflossen sind (EB 18/19). Seit über 15 Jahren streiten die USA und die EU über Subventionen für die Flugzeugbauer Boeing und Airbus.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission legt Single-Window-Initiative zu Vereinfachungen im Zollbereich vor

Die Kommission hat am 28.10.2020 ihren angekündigten Verordnungsvorschlag für eine Single-Window-Initiative zur Vereinfachung der Grenzformalitäten und zur besseren Zusammenarbeit der Zollbehörden veröffentlicht. Die Regelungen sollen es den zuständigen Behörden erleichtern, elektronische Informationen der Unternehmen zur Ein- und Ausfuhr von Waren untereinander auszutauschen, da es den Unternehmen ermöglicht wird, diese Informationen nur einmal einreichen zu müssen. Derzeit sind an den erforderlichen



Zollformalitäten an den EU-Außengrenzen oft viele verschiedene Behörden für unterschiedliche Zuständigkeiten beteiligt (beispielsweise Gesundheit und Sicherheit, Umwelt, Landwirtschaft, kulturelles Erbe, Marktüberwachung etc.). Die neuen Regelungen zielen daher darauf, die Zollabfertigung effizienter zu machen und so einen reibungslosen Handelsfluss zu ermöglichen, insbesondere aufgrund des zunehmenden Handelsvolumens und vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen im Zusammenhang mit Krisen und der Digitalisierung.

Der Vorschlag ist die erste konkrete Maßnahme des am 28.09.2020 vorgelegten Aktionsplans zur Zollunion (EB 16/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Verordnungsvorschlag für ein Single Window](#) (derzeit nur in englischer Sprache verfügbar)

Kommission führt Überwachung der Einfuhren von Bioethanol ein

Die Kommission hat zum 04.11.2020 die Überwachung der Einfuhren von Bioethanol eingeführt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie seien die Einfuhren von Bioethanol zu Niedrigpreisen in der letzten Zeit stark gestiegen. Durch einen weiteren Anstieg der Einfuhren könnte es zu wirtschaftlichen Schäden der europäischen Bioethanolindustrie kommen. Bei der Überwachung der Einfuhren handelt es sich nicht um eine Einfuhrbeschränkung, sondern um die zeitnahe Abbildung der Entwicklungen beim Import bestimmter Waren für ein Jahr. Da die Daten öffentlich zugänglich gemacht werden, erhalten die betroffenen Wirtschaftszweige einen besseren Überblick über die Lage in ihrem Sektor, um die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zu beurteilen. Die Überwachung geht auf einen französischen Antrag zurück.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

ENERGIE

Konsultation zur Überarbeitung der Umweltschutz- und Energiebeihilfen

Die Kommission hat am 12.11.2020 eine Folgenabschätzung in der Anfangsphase veröffentlicht und eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für Umweltschutz- und Energiebeihilfen eingeleitet. Die derzeitigen Leitlinien wurden von der Kommission 2014 im Rahmen der Modernisierung der Beihilfavorschriften angenommen. Die Leitlinien sollen an die Industriestrategie, den digitalen Wandel und den europäischen Green Deal angepasst werden. Gelegenheit zur Stellungnahme zur Folgenabschätzung besteht bis 10.12.2020 und zur Konsultation bis 07.01.2021.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

UMWELT

[EuGH-Urteil zur Feinstaubbelastung in Italien](#)

Am 10.11.2020 hat der EuGH in der Rechtssache C-644/18 Kommission / Italien der Vertragsverletzungsklage der Kommission stattgegeben. Wegen systematischer und andauernder Überschreitung der in der Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa festgelegten Grenzwerte für die Konzentrationen von PM₁₀-Partikeln in einigen Gebieten in Italien und dem Fehlen von erforderlichen Abhilfemaßnahmen hatte die Kommission 2014 gegen Italien ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und aufgrund unzureichender Erläuterungen Italiens 2018 eine Vertragsverletzungsklage erhoben. Der EuGH hat nunmehr festgestellt, dass von 2008 bis 2017 die Grenzwerte für PM₁₀-Partikel in den betreffenden Gebieten mit großer Regelmäßigkeit überschritten wurden. Dass in bestimmten Jahren des Zeitraums keine Grenzwertüberschreitung vorlag, ist ebenso unerheblich wie die Frage, ob die Überschreitung auf technischen oder strukturellen Schwierigkeiten beruht, es sei denn, es liegen nachweislich außergewöhnliche Umstände vor, deren Folgen sich trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermeiden lassen. Irrelevant ist auch, dass die betroffenen Gebiete im Vergleich zum gesamten Hoheitsgebiet einen begrenzten Umfang haben. Dass Italien nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, zeigt sich daran, dass die meisten in den Luftqualitätsplänen vorgesehenen Maßnahmen erst kürzlich vorgesehen worden sind und dass mehrere dieser Pläne eine Verwirklichungsdauer über mehrere Jahre nach Inkrafttreten der Grenzwerte vorsehen.

[EuGH-Urteil](#)

[Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie](#)

Am 05.11.2020 hat die Kommission einen Fahrplan zur Aktualisierung der EU-Bodenschutzstrategie veröffentlicht. Wie in der Biodiversitätsstrategie 2030 angekündigt soll die Bodenschutzstrategie aktualisiert werden, um die Klima- und Biodiversitätsziele des Europäischen Grünen Deals zu erreichen. Folgende Punkte sollen bei der Aktualisierung besonders betrachtet werden: Schutz der Bodenfruchtbarkeit, Verringerung von Erosion und Versiegelung, Steigerung des Gehalts an organischer Substanz, Ermittlung von kontaminierten Flächen, Sanierung von Altlasten und Definition des Begriffs „guter ökologischer Zustand“ für Böden sowie Verbesserung der Überwachung der Bodenqualität. Die Aktualisierung der gegenwärtigen Strategie ist für das zweite Quartal 2021 vorgesehen. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 03.12.2020.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

[Kommission veröffentlicht Fahrplan für künftige Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen](#)

Am 04.11.2020 hat die Kommission einen Fahrplan für künftige Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen veröffentlicht. Im Rahmen dieser Initiative, die eine der Hauptmaßnahmen der



Biodiversitätsstrategie 2030 ist, sollen nach einer Folgenabschätzung rechtlich verbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur vorgeschlagen werden. Einige der Ziele könnten auf bestehenden EU-Rechtsvorschriften aufbauen, wie zum Beispiel der Vogelschutz- (2009/147) und FFH-Richtlinie (92/43), der Wasserrahmenrichtlinie (2000/60) und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (2008/56). Andere Ziele könnten Ökosysteme, Lebensräume oder Arten betreffen, die nicht unter die bestehende Gesetzgebung fallen, wie z. B. Bestäuber oder Böden. Der geplante Verordnungsvorschlag ist für das vierte Quartal 2021 vorgesehen. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist bis 02.12.2020 möglich.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

Vertragsverletzungsverfahren: Kommission fordert Deutschland auf, blütenreiche Wiesen besser zu schützen

Am 30.10.2020 hat die Kommission im FFH-Vertragsverletzungsverfahren eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland geschickt. Darin fordert die Kommission Deutschland auf, den Schutz blütenreicher Wiesen in Natura-2000-Gebieten erheblich zu verbessern und damit seinen Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie 92/43/EWG nachzukommen. Im europäischen Grünen Deal und in der EU-Biodiversitätsstrategie wird gefordert, dass dem Verlust der Artenvielfalt in der EU durch die Verbesserung und die Wiederherstellung des guten ökologischen Zustands beschädigter Ökosysteme Einhalt zu gebieten ist. Deutschland kommt nach Meinung der Kommission seiner Verpflichtung nicht nach, die Verschlechterung insbesondere zweier Lebensräume: Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen, die sich in Deutschland in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, zu verhindern, obwohl die beiden Lebensraumtypen eine wichtige Rolle für bestäubende Insekten, Bienen und Schmetterlinge spielen und im Rahmen des Natura-2000-Netzes geschützt sind. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, angemessene Maßnahmen zu ergreifen. Ist dies nicht der Fall, kann die Kommission beim Gerichtshof der Europäischen Union Klage einreichen.

[Vertragsverletzungsverfahren im Oktober](#)

Kommission veröffentlicht Fahrpläne zur Überarbeitung der europäischen Klimagesetzgebung

Am 29.10.2020 hat die Kommission die Fahrpläne zur Überarbeitung der vier zentralen Teile der europäischen Klimagesetzgebung veröffentlicht, die im Juni 2021 zur Umsetzung des neuen Klimaziels 2030 (55 % Reduktion gegenüber 1990) und der Klimaneutralität 2050 verabschiedet werden sollen. Es handelt sich um den Emissionszertifikatehandel, die Lastenteilungsverordnung, die LULUCF-Verordnung und die CO₂-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge. Beim Emissionszertifikatehandel (EHS) plant die Kommission, die Ausweitung des EHS auf neue Wirtschaftssektoren und die „Marktstabilitätsreserve“ des EHS für den Umgang mit nicht genutzten Emissionszertifikaten nach drei Jahren Laufzeit des Systems zu überprüfen. In der Lastenteilungsverordnung sollen Anreize für die notwendigen zusätzlichen Maßnahmen geprüft, kostenwirksame Lösungen gefördert, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten fair und konsequent geteilt und die Kohärenz mit den einschlägigen Rechtsvorschriften gewahrt werden. In der LULUCF-Verordnung sollen



stärkere politische Anreize geschaffen werden, die das Potenzial der EU zur Verringerung der Landemissionen, zur verstärkten Substitution von Materialien auf fossiler Basis und zur Verbesserung der landgestützten Senken im Landnutzungssektor ausschöpfen. Mögliche marktbasierende Ansätze sollen geprüft werden, um den Übergang zu einer widerstandsfähigen und klimaneutralen Bio-Wirtschaft zu beschleunigen. In der CO₂-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge sollen die CO₂-Zielwerte für PKW und leichte Nutzfahrzeuge, Mechanismen zur Schaffung von Anreizen und zur Bevorzugung von Fahrzeugen mit Null- und Niedrig-Emissionen, potenzielle Beiträge erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe sowie die Möglichkeit potenzielle Einnahmen aus Bußgeldern einem bestimmten Fonds oder Programm zuzuweisen, überprüft werden. Es besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung zu allen Fahrplänen bis 26.11.2020.

[Emissionszertifikatehandel](#) (in englischer Sprache)

[Lastenverteilung](#) (in englischer Sprache)

[LULUCF](#) (in englischer Sprache)

[CO₂-Regulierung für PKW und leichte Nutzfahrzeuge](#) (in englischer Sprache)

Kommission startet öffentliche Konsultation zu Nachhaltiger Unternehmensführung

Am 26.10.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Nachhaltiger Unternehmensführung gestartet. Wie im Europäischen Grünen Deal angekündigt, ist es wichtig, dass die Nachhaltigkeit weiter in den Rahmen der Unternehmensführung eingebaut wird. Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung bedeutet, dass Unternehmen bei ihren Geschäftsentscheidungen ökologische (einschließlich Klima, Biodiversität), soziale, menschliche und wirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen und sich auf langfristige nachhaltige Wertschöpfung statt auf kurzfristigen finanziellen Wert konzentrieren. Ziel der Konsultation ist es, Daten zu sammeln und die Ansichten von relevanten Interessensgruppen im Hinblick auf eine mögliche Initiative zur nachhaltigen Unternehmensführung zu erfassen. Besonders gefragt wird nach: Meinungen der Interessengruppen über die Notwendigkeit und die Ziele einer EU-Intervention sowie über verschiedene politische Optionen, Daten, die zur besseren Einschätzung der Kosten und des Nutzens der verschiedenen politischen Optionen verwendet werden können und nationalen Rahmenbedingungen, Durchsetzungsmechanismen und der aktuellen Rechtsprechung. Eine Beteiligung an der Konsultation ist möglich bis 08.02.2021.

[Konsultation](#) (in englischer Sprache)

Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zum Europäischen Klimagesetz an

Am 23.10.2020 hat der Umweltrat mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten bei Enthaltung Bulgariens eine partielle allgemeine Ausrichtung unter Ausklammerung des 2030-Klimaziels zum Europäischen Klimagesetz angenommen. Danach soll die Kommission im Zusammenhang mit der im nächsten Jahr stattfindenden und künftigen Überprüfung der einschlägigen EU-Rechtsvorschriften, die zur Erreichung der Klimaziele beitragen, insbesondere prüfen, ob im Rahmen des Unionsrechts angemessene Instrumente und Anreize für die



Mobilisierung der erforderlichen Investitionen verfügbar sind und gegebenenfalls weitere Maßnahmen vorschlagen. Der Teil des Kommissions-Vorschlags, der es ihr ermöglicht hätte, mittels delegierter Rechtsakte einen Zielpfad zur Verwirklichung der Klimaneutralität festzulegen, wurde formell abgelehnt. Stattdessen fordert der Rat die Kommission auf, nach der ersten weltweiten Bestandsaufnahme gemäß dem Übereinkommen von Paris (geplant für 2023) ein Zwischenziel für 2040 vorzuschlagen, innerhalb von sechs Monaten nach jeder weltweiten Bestandsaufnahme im Rahmen des Pariser Klimaabkommens über die Anwendung des Europäischen Klimagesetzes Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung des Europäischen Klimagesetzes vorzulegen. Der Europäische Rat wird auf seiner Dezember-Tagung ein neues Emissionsreduktionsziel für 2030 festlegen. Der Einstieg in die Trilogverhandlungen soll nun so schnell wie möglich erfolgen.

[Ratsschlussfolgerungen](#)

Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030 an

Am 23.10.2020 hat der Umweltrat Schlussfolgerungen zum Thema „Biologische Vielfalt – dringender Handlungsbedarf“ angenommen. Darin wird u. a. die Kommission aufgefordert, die Ziele der Biodiversitätspolitik der EU in relevante künftige Legislativvorschläge aufzunehmen, und die Notwendigkeit bekräftigt, diese Ziele vollständig in andere Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft und bei kohärenter Umsetzung der EU-Maßnahmen in diesen Bereichen einzubeziehen. Das Ziel, ein kohärentes Netz gut verwalteter Schutzgebiete zu schaffen und mindestens 30 % der Landfläche und 30 % der Meeresfläche der EU zu schützen, wird bekräftigt. Der Rat erwartet, dass die Kommission rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur vorschlägt, die einer Folgenabschätzung unterzogen werden, und betont, dass ein neuer europäischer Governance-Rahmen im Bereich der Biodiversität dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung tragen muss sowie, dass ein erheblicher Teil der 30 % der EU-Haushaltsmittel und der Ausgaben im Rahmen des Aufbauinstruments „Next Generation EU“, die an Klimaschutzmaßnahmen gebunden sind, in die Erhaltung der biologischen Vielfalt und in naturbasierte Lösungen zur Förderung der biologischen Vielfalt investiert werden sollen. Weiter werden detaillierte Ziele und Indikatoren in Bezug auf die zentrale Verpflichtung der Strategie „Der Rückgang an Bestäubern soll umgekehrt werden“ gefordert.

[Ratsschlussfolgerungen](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Listen von Oberflächen- und Grundwasserschadstoffen

Am 23.10.2020 hat die Kommission einen Fahrplan zur Überarbeitung der Listen von Oberflächen- und Grundwasserschadstoffen veröffentlicht. Der Fitness-Check der Wassergesetzgebung, der letztes Jahr durchgeführt wurde, ergab, dass die EU-Wassergesetzgebung im Großen und Ganzen ihren Zweck erfüllt. Verbesserungsbedarf besteht jedoch bei Aspekten wie Investitionen, Durchführungsbestimmungen, Integration von Wasserzielen in andere Politikbereiche, chemische Verschmutzung, Verwaltungsvereinfachung und



Digitalisierung. Ziel dieser Initiative, die für das zweite Quartal 2022 geplant ist, ist es, die Listen prioritärer Stoffe von Oberflächen- und Grundwasserschadstoffen auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu aktualisieren. Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 20.11.2020.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung der Richtlinie über Altfahrzeuge

Am 22.10.2020 hat die Kommission den Fahrplan für die Überarbeitung der Richtlinie über Altfahrzeuge (ELV) 2000/53/EG veröffentlicht. Das Ziel dieser Initiative, die für das zweite Quartal 2022 geplant ist, ist die Sammlung, Behandlung und das Recycling von Altfahrzeugen zu verbessern, um das nachhaltige Management dieser Fahrzeuge sicher zu stellen. Insbesondere soll das Problem der „fehlenden Fahrzeuge“ angegangen werden, die nicht gemeldet sind und etwa 35 % der geschätzten jährlichen Anzahl der Altfahrzeuge ausmachen. Während die Richtlinie ihre ursprünglichen Ziele weitgehend erreicht hat (insbesondere die Beseitigung gefährlicher Stoffe aus Autos, das Erreichen der Verwertung und Recyclingziele, die Erhöhung der Sammelstellen für Altgeräte Fahrzeuge), ist sie nicht vollständig an die Herausforderungen angepasst, die sich aus neuen technischen Entwicklungen in der Fahrzeugproduktion seit seiner Verabschiedung im Jahr 2000 ergeben haben. Möglichkeit zur Rückmeldung zum Fahrplan besteht bis 19.11.2020.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

VERBRAUCHERSCHUTZ

Kommission veröffentlicht Fahrplan zur Überarbeitung geografischer Angaben bei Lebensmitteln

Am 28.10.2020 hat die Kommission einen Fahrplan zur Überarbeitung des Systems geografischer Angaben bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Lebensmitteln, Wein und Spirituosen, zum Schutz wertvoller Namen vor Nachahmung und Betrug, veröffentlicht. Ziele der Initiative sind: eine verbesserte nachhaltige Produktion im Rahmen der Regelungen, eine bessere Rechtsdurchsetzung, mehr Befugnisse für Erzeugergruppierungen, eine Verringerung des Internet-Diebstahls, eine stärkere Ausrichtung der Regelungen an den Erzeugern in allen Regionen der EU, das Ausloten von Möglichkeiten zur Förderung und zum Schutz traditioneller Lebensmittel in der EU sowie beschleunigte Eintragungsverfahren. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist bis 25.11.2020 möglich.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)

Beschränkungen gegen gefährliche Chemikalien in Kleidung, Textilien und Schuhen treten in Kraft

Am 01.11.2020 sind schärfere Grenzwerte für 33 krebserzeugende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Chemikalien in Kleidung, Textilien und Schuhen in Kraft getreten. Damit sollen Verbraucher mehr Sicherheit erhalten, wenn sie diese Produkte kaufen, unabhängig davon, in welchem EU-



Land sie gekauft und ob die Produkte in der EU hergestellt oder importiert wurden. Die Beschränkung basiert auf der REACH-Verordnung (EG) 1907/2006 und legt Konzentrationsgrenzwerte für einzelne Stoffe oder Stoffgruppen fest, die in diesen Produkten potenziell enthalten sein können, unter anderem für Stoffe wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), Kadmium, Chrom, Blei und seine Verbindungen sowie Phthalate. Außerdem sollen die Umweltemissionen dieser Stoffe, die z. B. beim Waschen auftreten können, verringert und die Qualität von recycelten Textilmaterialien verbessert werden.

[Hinweise zu den Beschränkungen](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021 - 2027

Am 29.10.2020 hat die Kommission einen Fahrplan zur Erarbeitung des [strategischen Rahmens der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021 - 2027](#) veröffentlicht. Diese Initiative baut auf dem bisherigen strategischen Rahmen der EU 2014 - 2020 auf. Ziel ist es, die hohen Gesundheits- und Sicherheitsstandards für EU-Arbeitnehmer aufrechtzuerhalten und zu verbessern - auch angesichts neuer Umstände - und zur Vorbereitung auf neue Krisen und Bedrohungen beizutragen. Es sollen Schlüsselziele identifiziert und ein strategischer Rahmen festgelegt werden, um EU-Länder und Interessengruppen zu ermutigen, gemeinsam an diesen Prioritäten zu arbeiten. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist bis 26.11.2020 möglich.

[Fahrplan](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung auf beschleunigte Bereitstellung von 8 Mrd. € aus Wiederaufbaufonds für Landwirtschaft und ländliche Räume

Am 10.11.2020 haben sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP), des Rates und der Kommission über ein EU-Rettungspaket für Landwirte, Lebensmittelproduzenten und die ländlichen Gebiete allgemein geeinigt, mit dem Ziel, deren Widerstandsfähigkeit zu stärken (siehe hierzu auch Beitrag des StMFH in diesem EB). Die politische Einigung muss noch formell sowohl vom EP als auch vom Rat gebilligt werden.

Die Unterhändler einigten sich darauf, alle für ländliche Gemeinden bereitgestellten Mittel aus dem Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ (NGEU) auf die Jahre 2021 und 2022 vorzuziehen.

Rund 30 % der 8,07 Mrd. € werden im Jahr 2021 zur Verfügung stehen und die restlichen 70 % werden 2022 freigegeben.

Mindestens 37 % der Mittel aus dem Wiederaufbaufonds soll für den Ökolandbau, für umwelt- und klimabezogene Maßnahmen und für den Tierschutz ausgegeben werden.

Mindestens 55 % der Mittel werden Junglandwirten und Investitionen in landwirtschaftliche Betriebe zugutekommen, die zu einer widerstandsfähigen, nachhaltigen und digitalen Erholung beitragen.

Die EU wird bis zu 100 % der förderfähigen Kosten in den einzelnen Programmen aus den zusätzlichen Mitteln des „Next Generation EU“ finanzieren.

Die Obergrenze für die Existenzgründungshilfe aus dem Fonds für ländliche Entwicklung für Junglandwirte soll von 70.000 auf 100.000 € angehoben werden.

[Wiederaufbaufonds "Next Generation EU": 8 Mrd. € Finanzhilfen für Landwirte](#) (in englischer Sprache)

Europäisches Parlament stimmt über Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ab

Am 23.10.2020 hat das Europäische Parlament (EP) die Berichte zur Strategieplanverordnung, Horizontalen Verordnung und Verordnung über die Gemeinsame Marktordnung im Rahmen der neuen GAP nach 2020 mit großer Mehrheit angenommen. Damit wurde der Weg frei für die Trilogverhandlungen, die am 10.11.2020 starteten.

Das EP folgt mit seinem Beschluss in etwa der Linie des Rates, wenn auch teilweise mit ganz eigenen Vorstellungen. Ein für Bayern ganz wichtiges Signal ist, dass die kleineren und damit eher bäuerlich geprägten Betriebe künftig deutlich besser unterstützt werden sollen. Denn nach dem Willen des EP sind entweder die Direktzahlungen (DZ) bei 100.000 € verpflichtend zu kappen oder es müssen mindestens 12 % (bisher 7 %) der DZ zu Gunsten der kleineren Betriebe umverteilt werden. Das EP will 30 % der DZ als Ökoregelungen vorsehen, der Rat 20 %. Hierzu wird es im Trilog einen Kompromiss dazwischen geben müssen. In der 2. Säule sollen nicht nur 30 %, sondern 35 % für Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen bereitgestellt werden, was



deutlich über den Vorschlag der Kommission hinausgeht. Auch bei der Konditionalität (Auflagen) liegt das EP im Niveau über der Position des Rates: Die Mitgliedsstaaten sollen die Betriebe anregen, 10 % ihrer Flächen so zu gestalten, dass die Artenvielfalt gefördert wird. Bemerkenswert ist, dass das Parlament die Strafen für Landwirte verschärfen will, die wiederholt gegen EU-Auflagen in Bereichen wie Umweltschutz und Tierschutz verstoßen. Anstatt wie bisher 5 % sollten sie künftig 10 % ihrer Ansprüche verlieren. Zukünftig sollen DZ auch gekürzt werden können, wenn die vorgeschriebenen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen nicht eingehalten werden. Einrichten will das EP außerdem ein Ad-hoc-Beschwerdeverfahren. Zugutekommen solle es Landwirten und anderen Begünstigten im ländlichen Raum, die sich mit Blick auf EU-Subventionen ungerecht behandelt oder benachteiligt fühlen.

[EP: Abstimmungsergebnis zur neuen GAP nach 2020](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan für öffentliche Konsultation zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Kommission hat am 10.11.2020 eine öffentliche Konsultation über die Auswirkungen der GAP auf den Wissensaustausch und die Beratungstätigkeit eingeleitet. Mit der Evaluierung soll festgestellt werden, ob das Ziel der GAP, „Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und in ländlichen Gebieten zu fördern“, erreicht wird und ob die entsprechenden Maßnahmen wirksam, effizient, kohärent und relevant sind und einen EU-Mehrwert bieten. Die Evaluierung umfasst die relevanten GAP-Instrumente und -Maßnahmen im Rahmen der GAP-Periode 2014 - 2020. Zu den einschlägigen Maßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklungspolitik der GAP gehören: Wissenstransfer und Informationsmaßnahmen, Beratung sowie Zusammenarbeit, insbesondere durch die Europäische Innovationspartnerschaft (EIP), und technische Hilfe. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 02.02.2021.

[Fahrplan](#)

Kommission veröffentlicht Fahrplan für neue EU-Forststrategie nach 2020

Am 30.10.2020 hat die Kommission im Rahmen des europäischen Grünen Deals einen Fahrplan für eine neue, auf der Biodiversitätsstrategie aufbauende EU-Forststrategie veröffentlicht. Ziel der Strategie ist es, für gesunde und widerstandsfähige Wälder zu sorgen, die die biologische Vielfalt schützen, zu den Klimazielen beitragen, Existenzgrundlagen sichern und eine kreislauforientierte Bioökonomie fördern. Der Schwerpunkt wird auf dem Schutz, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern in der EU und – sofern sie nicht bereits von solchen Maßnahmen erfasst sind – von Wäldern in anderen Regionen der Welt liegen. Eine Rückmeldung zum Fahrplan ist möglich bis 04.12.2020.

[Fahrplan](#)



Kommission veröffentlicht Vorschlag für Verlängerung Ausnahmeregelung für Produktionsmittel im Ökolandbau

Am 21.10.2020 hat die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung für den Ökolandbau veröffentlicht. Mit dem vorgeschlagenen Rechtsakt werden auf der Grundlage der neuesten Berichte der Sachverständigengruppe für technische Beratung bezüglich der ökologischen/biologischen Produktion (EGTOP) die in der ökologischen Produktion zulässigen Produktionsmittel aktualisiert. Da es weder genügend aufgezogene Junghennen für die Eierzeugung noch genügend eiweißhaltige Futtermittel ökologischen Ursprungs gibt, sollen die Ausnahmeregelungen für die Verwendung nichtökologisch aufzogener Junghennen und die Verwendung von höchstens 5 % nichtökologischer Eiweißfuttermittel für Schweine und Geflügel um ein Jahr verlängert werden. Bis zum 18.11.2020 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)

Kommission veröffentlicht Vorschlag für mehr Widerstandskraft durch genetische Vielfalt im Ökolandbau

Am 30.10.2020 hat die Kommission den Entwurf einer delegierten Verordnung für mehr Widerstandskraft durch genetische Vielfalt bei Pflanzen im Ökolandbau veröffentlicht. Kulturen aus der ökologischen Landwirtschaft sind anfälliger für Wetterextreme und Schädlinge, da keine Mineraldünger oder Pflanzenschutzmittel verwendet werden dürfen. Ihre Widerstandskraft kann jedoch erhöht werden, wenn sie als Teil einer Mischung genetisch vielfältiger Pflanzen in ein und demselben landwirtschaftlichen Betrieb angebaut werden. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, Regeln für die Erzeugung und Vermarktung von Saatgut für diese Pflanzen zur Verwendung im Ökolandbau aufzustellen. Bis 27.11.2020 besteht die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Entwurf delegierte Verordnung](#)

Umweltrat nimmt Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie 2030 an

Der Umweltrat hat am 23.10.2020 Schlussfolgerungen zum Thema „Biologische Vielfalt – dringender Handlungsbedarf“ angenommen. Darin wird die Kommission aufgefordert, die Ziele der Biodiversitätspolitik der EU in relevante künftige Legislativvorschläge aufzunehmen und die Notwendigkeit bekräftigt, diese Ziele vollständig in andere Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft einzubeziehen. Das Ziel, ein kohärentes Netz gut verwalteter Schutzgebiete zu schaffen und mindestens 30 % der Landfläche und 30 % der Meeresfläche der EU zu schützen, wird bekräftigt (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Ratschlussfolgerungen](#)



Vertragsverletzungsverfahren: Kommission fordert Deutschland auf, blütenreiche Wiesen besser zu schützen

Die Kommission forderte am 30.10.2020 Deutschland auf, den Schutz blütenreicher Wiesen in Natura-2000-Gebieten erheblich zu verbessern und damit seinen Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie nachzukommen. Die EU-Länder sind verpflichtet, wichtige Lebensraumtypen und Arten zu schützen und in einem günstigen Erhaltungszustand zu bewahren. Im europäischen Grünen Deal und in der EU-Biodiversitätsstrategie wird gefordert, dass dem Verlust der Artenvielfalt in der EU durch die Verbesserung und die Wiederherstellung des guten ökologischen Zustands beschädigter Ökosysteme Einhalt zu gebieten ist. Deutschland komme seiner Verpflichtung nicht nach, die Verschlechterung insbesondere zweier Lebensräume – nämlich Flachland-Mähwiesen und Berg-Mähwiesen –, die sich in Deutschland in einem ungünstigen Erhaltungszustand befinden, zu verhindern. Die beiden Lebensraumtypen spielen eine wichtige Rolle für bestäubende Insekten, Bienen und Schmetterlinge und werden im Rahmen des Natura-2000-Netzes geschützt (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Vertragsverletzungsverfahren im Oktober](#)

Globale Entwaldung stoppen: EU-Parlament fordert von Kommission verbindliche Regeln

Das Europäische Parlament hat am 22.10.2020 einen Bericht angenommen, in dem die Kommission aufgefordert wird, einen EU-Rechtsrahmen vorzulegen, um die von der EU betriebene globale Entwaldung zu stoppen und umzukehren. Die Abgeordneten stellen fest, dass freiwillige Initiativen, Zertifizierungen durch Dritte und Labels die globale Entwaldung nicht aufgehalten haben. Unternehmen sollen eine Risikobewertung ihrer Produkte durchführen, um das Problem der Entwaldung in der gesamten Lieferkette zu identifizieren, zu verhindern, zu mildern und darüber Rechenschaft ablegen, wie sie das Problem der Entwaldung angehen.

Die Abgeordneten stellen fest, dass ein solcher EU-Rechtsrahmen auch auf kohlenstoffreiche und biodiversitätsreiche Ökosysteme – außer Wäldern – wie Meeres- und Küstenökosysteme, Feuchtgebiete, Torfmoore oder Savannen, ausgedehnt werden sollte, um zu vermeiden, dass der Druck auf diese Landschaften verlagert wird. Die Kommission sollte auch Definitionen dafür liefern, was Entwaldung und Waldschädigung ist. Sie sind auch der Meinung, dass Ur- und Primärwälder als globale Gemeinschaftsgüter betrachtet und als solche geschützt werden sollten und dass ihren Ökosystemen ein rechtlicher Status zuerkannt werden sollte. Seit 1990 sind 1,3 Millionen km² Wald verloren gegangen – eine Fläche größer als Südafrika. Die Wiederaufforstung ist der Schlüssel zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Schaffung von Kohlenstoffsinken und zur nachhaltigen Unterstützung lokaler Gemeinschaften.

[Bericht: Globale Entwaldung stoppen](#) (in englischer Sprache)



STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

EU-Kommission veröffentlicht Vorschlag für einen Rahmen für Mindestlöhne in Europa

Die Kommission hat am 28.10.2020 einen bereits seit längerem angekündigten legislativen Vorschlag über „angemessene Mindestlöhne“ in Europa veröffentlicht. Obwohl in sechs Mitgliedstaaten der EU Mindestlöhne durch Tarifverträge festgelegt werden und in 21 weiteren gesetzliche Mindestlöhne gelten, seien viele Arbeitnehmer in der EU gegenwärtig nicht hinreichend geschützt. Die nationalen gesetzlichen Mindestlöhne würden nach Angaben der Kommission nämlich in beinahe allen Mitgliedstaaten unter 60 % des Bruttomedianlohns und/oder 50 % des Bruttodurchschnittslohns liegen. Darüber hinaus seien bestimmte Arbeitnehmergruppen vom Schutz der nationalen gesetzlichen Mindestlöhne ausgenommen. Ziel des Gesetzesvorschlags ist es daher sicherzustellen, dass Mindestlöhne angemessen hoch sind, d. h. einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen und damit vor Armut schützen. Zum anderen verfolgt die Initiative das Ziel, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa auch tatsächlich von Mindestlöhnen profitieren, d. h. vom Anwendungsbereich der Mindestlöhne erfasst werden. Zur Erreichung dieser Ziele soll die Richtlinie Tarifverhandlungen durch die Sozialpartner in allen Mitgliedstaaten fördern. Eine Verpflichtung zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne soll es jedoch nicht geben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Text des Richtlinienvorschlags](#)

Rat beschließt Empfehlung zur Stärkung der Jugendgarantie

Der Rat hat am 30.10.2020 einstimmig eine neue Empfehlung zum Thema „Eine Brücke ins Arbeitsleben – Stärkung der Jugendgarantie“ angenommen, mit der die aus dem Jahre 2013 stammende Empfehlung zur Einführung der Jugendgarantie ersetzt wird.

Die COVID-19-Pandemie habe die Union in eine beispiellose Rezession gestürzt, die nach Auffassung der Mitgliedstaaten dramatisch steigende Jugendarbeitslosenquoten mit sich bringen werde. Den Mitgliedstaaten wird daher insbesondere empfohlen sicherzustellen, dass allen jungen Menschen unter 30 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre formale Ausbildung beendet haben, eine Beschäftigungs- oder Weiterbildungsmöglichkeit bzw. ein hochwertiger Ausbildungs- oder Praktikumsplatz angeboten wird.

Durch die Erweiterung der Altersgruppe auch auf die 25- bis 29-Jährigen werde der Tatsache Rechnung getragen, dass der Übergang von der Schule ins Berufsleben und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt aufgrund des Wandels der Arbeitswelt und längerer Ausbildungszeiten sowie der veränderten Nachfrage nach Kompetenzen mehr Zeit in Anspruch nehmen.

Nach Angaben von Beschäftigungskommissar *Schmit* soll die Jugendgarantie auch durch umfangreiche EU-Finanzmittel im Rahmen des neuen Aufbaufonds NextGenerationEU und des künftigen mehrjährigen



Finanzrahmens unterstützt werden. Empfohlen wird den Mitgliedstaaten daher u. a. auch, die derzeitigen Instrumente der Union im Rahmen der Kohäsionspolitik voll auszuschöpfen und optimal zu nutzen.

Hintergrund:

Die nun beschlossene Empfehlung geht auf eine entsprechende Initiative der Kommission vom 01.07.2020 zurück (EB 12/20). Das Europäische Parlament hatte hierzu im Oktober 2020 die Auffassung vertreten, dass es an der Zeit sei, die Jugendgarantie verbindlich zu machen. Denn Empfehlungen des Rates hätten für die Mitgliedstaaten keine bindende Wirkung. Nicht alle Mitgliedstaaten seien der bisherigen Empfehlung des Rates daher gefolgt (EB 17/20).

[Text der Empfehlung](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäisches Parlament fordert höhere Investitionen in die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme

Am 22.10.2020 hat das Europäische Parlament (EP) auf seiner Plenartagung in Brüssel mit großer Mehrheit eine Entschließung zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets 2020 angenommen.

Das EP betont dabei zwar die Bedeutung eines soliden und verantwortungsvollen Haushaltsverfahrens, fordert Mitgliedstaaten und Kommission aber dazu auf, die öffentlichen Investitionen, insbesondere in die Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssysteme, als Reaktion auf die Gesundheitskrise aufzustoßen.

Der mittlerweile von der Kommission am 28.10.2020 veröffentlichte Vorschlag für einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne solle dazu dienen, Armut trotz Erwerbstätigkeit zu beseitigen, und zwar im Einklang mit nationalen Gepflogenheiten sowie unter Beachtung der Autonomie nationaler Sozialpartner (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB). Das EP fordert ferner u. a. ein abgestimmtes Konzept auf EU-Ebene, damit ein „ungesunder Arbeitskostenwettbewerb“ vermieden und die soziale Aufwärtskonvergenz für alle erhöht werde.

[Text der Entschließung](#)

Europäische Woche für berufliche Bildung unter dem Motto #DiscoverYourTalent

Vom 09.11.2020 - 13.11.2020 findet unter dem Motto #DiscoverYourTalent die mittlerweile fünfte Europäische Woche für berufliche Bildung statt. Sie wird von der Kommission zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des deutschen EU-Ratsvorsitzes ausgerichtet. Allgemeines Ziel ist es, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der EU zu fördern. Die 2016 ins Leben gerufene Berufsbildungswoche ist diesmal eine reine Online-Veranstaltung und konzentriert sich heuer auf Qualifikationen in der digitalen und grünen Wirtschaft.



Im Rahmen der Berufsbildungswoche fand am 10.11.2020 zudem die Auftaktveranstaltung für den neuen sog. „Pakt für Kompetenzen“ statt. Der Kompetenzpakt soll Investitionen von Unternehmen in Höherqualifizierung und Umschulung stärken. Er steht im Zusammenhang mit der Europäischen Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz, die am 01.07.2020 von der Kommission vorgestellt wurde (EB 12/20).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Website der Europäischen Woche der Berufsbildung 2020](#) (in englischer Sprache)

[Weiterführende Informationen des deutschen Ratsvorsitzes](#)

Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen veröffentlicht Gleichstellungsindex 2020

Laut dem am 29.10.2020 veröffentlichten Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) liegt der europaweite Wert für die Gleichstellung der Geschlechter heuer bei 67,9 von 100 Punkten gegenüber 67,4 im vergangenen Jahr. Mit 67,5 von 100 Punkten liegt Deutschland im Gleichstellungsindex der EU auf Platz 12.

Der Gleichstellungsindex misst die Gleichstellung der Geschlechter in den EU-Mitgliedstaaten und macht Bereiche sichtbar, die nach Auffassung des Instituts verbessert werden müssen. Er analysiert sechs Kernbereiche: Arbeit, Einkommen, Bildung, Zeit, Macht und Gesundheit – und zwei weitere Bereiche: Gewalt gegen Frauen und sich überschneidende Ungleichheiten.

„Macht“ sei nach wie vor der Bereich mit der geringsten Leistung in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter (53,5 von 100). Allerdings sei hier eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen gewesen, insbesondere im privaten Sektor, was auf die Verbesserung des Geschlechtergleichgewichts bei Führungspositionen in Unternehmen zurückzuführen sei. In Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich sind den Angaben zufolge zu fast einem Drittel Frauen in Leitungsgremien vertreten. Frankreich sei hier das einzige Land mit einem Frauenanteil von über 40 %.

[Weitere Informationen zum Gleichstellungsindex 2020 auf der Homepage von EIGE](#)

[Pressemitteilung zum Gleichstellungsindex 2020](#) (in englischer Sprache)

[Factsheets zu den einzelnen Ländern \(u. a. Deutschland\)](#)

Europäischer Tag der Lohngleichheit: Frauen in der EU verdienen im Durchschnitt 14,1 % weniger als Männer

Der Europäische Tag der Lohngleichheit markiert das Datum, ab dem Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen mit gleicher Arbeit rechnerisch nicht mehr bezahlt werden. In diesem Jahr fiel der Tag auf den 10. November. Insgesamt habe sich das durchschnittliche Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in der EU-27 nach Eurostat-Zahlen für das Jahr 2018 zwar leicht verringert, nämlich von 14,5 % auf 14,1 %. Dennoch



gebe es insgesamt noch große Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Ländern, von lediglich 1,4 % in Luxemburg bis zu einem „Gender-Pay-Gap“ von 21,8 % in Estland. In Deutschland liegt der Wert nach diesen Zahlen bei 20,1 %.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Weitere Informationen zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied](#) (in englischer Sprache)

Kommission legt LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020 - 2025 vor

Die Kommission hat am 12.11.2020 erstmals eine Strategie zugunsten von Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen bzw. Genderidentitäten (LGBTIQ-Personen) vorgelegt. Die Initiative geht auf eine entsprechende Ankündigung von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der Union im September dieses Jahres zurück.

Die Strategie in der Form einer Mitteilung befasst sich mit den Ungleichheiten und Herausforderungen, mit denen LGBTIQ-Personen konfrontiert seien und enthält eine Reihe gezielter Maßnahmen für den Zeitraum 2020 - 2025, etwa zur Bekämpfung von Diskriminierung, Gewährleistung von Sicherheit sowie zum Aufbau inklusiver Gesellschaften. Die Kommission will hierzu auch im Bereich Beschäftigung eine Bestandsaufnahme vornehmen und im kommenden Jahr zunächst einen Bericht über die Anwendung der aus dem Jahre 2000 stammenden Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf veröffentlichen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Strategie](#) (bisher nur in englischer Sprache)

Arbeitslosenquote im September 2020 im Euroraum bei 8,3 % und in der gesamten EU bei 7,5 %

Wie die europäische Statistikbehörde Eurostat am 30.10.2020 mitteilte, lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum im September 2020 bei 8,3 %. Sie blieb damit unverändert im Vergleich zu August 2020. In der gesamten EU lag die Arbeitslosenquote der Meldung zufolge im September 2020 bei 7,5 % und blieb damit ebenfalls unverändert gegenüber dem Vormonat. In Deutschland lag sie im Vergleich zum Vormonat bei ebenfalls unveränderten 4,5 %. Im Vergleich zur Meldung vom 01.10.2020 (EB 16/20) wurde die Arbeitslosenquote für August 2020 für den Euroraum um 0,2 Prozentpunkte und für die EU um 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert.

Nach Schätzungen von Eurostat waren demnach im September 2020 in der Eurozone 13,61 Mio. und in der gesamten EU 15,99 Mio. Menschen arbeitslos.

Die saisonbereinigte Jugendarbeitslosigkeit lag im September 2020 in der gesamten EU bei 17,1 % im Vergleich zu 17,8 % im August 2020. Im Euroraum sank diese von 18,3 % auf 17,6 % im Vergleich zum Vormonat. In Deutschland sank sie um 0,1 Prozentpunkte auf 6,0 % im Vergleich zum Vormonat.

[Eurostat Pressemitteilung](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

Kommission legt Maßnahmenpaket zur Stärkung der Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitskrisen vor

Die Kommission hat am 11.11.2020 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der EU-weiten Vorsorge und Reaktion auf Gesundheitskrisen vorgelegt. Das Paket umfasst einen Verordnungsvorschlag über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren, einen Verordnungsvorschlag zur Erweiterung der Zuständigkeiten des Europäischen Zentrums für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) und einen Verordnungsvorschlag zur Erweiterung der Zuständigkeiten der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA). Die Kommission versteht die Vorschläge als wichtige Schritte auf dem Weg zu einer „Europäischen Gesundheitsunion“.

In einer begleitenden Mitteilung gibt die Kommission zudem einen Ausblick auf die Einrichtung einer neuen EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (Health Emergency Response Authority – HERA). Ein entsprechender Legislativvorschlag soll im kommenden Jahr vorgelegt werden. Die neue EU-Behörde „HERA“, deren Aufgaben u. a. die strategische Früherkennung potentieller Gesundheitsgefahren und die Förderung der Entwicklung möglicher Gegenmaßnahmen sein sollen, soll der Kommission zufolge im Jahr 2023 ihre Arbeit aufnehmen.

[Kommissionsmitteilung „Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU gegenüber grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren stärken“](#)

[Verordnungsvorschlag über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren](#) (in englischer Sprache)

[Verordnungsvorschlag zur Erweiterung des Mandats der EMA](#) (in englischer Sprache)

[Verordnungsvorschlag zur Erweiterung des Mandats des ECDC](#) (in englischer Sprache)

[Webseite der Kommission zur Europäischen Gesundheitsunion](#)

[Zusammenfassende Pressemitteilung der Kommission](#)

Weitere Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen Kommission und Herstellern von möglichen Coronavirus-Impfstoffen

Die Kommission hat am 11.11.2020 erneut über den Fortschritt der Gespräche mit der Industrie über künftige Lieferungen möglicher Coronavirus-Impfstoffe informiert. Die Kommission teilte mit, sie habe einen Vertrag mit Pfizer und BioNTech genehmigt, der es den Mitgliedstaaten ermöglichen werde, bis zu 300 Mio. Dosen des gemeinsam von beiden Unternehmen entwickelten Impfstoffs zu erwerben. Zuvor hatte die Kommission bereits vergleichbare Vereinbarungen mit Johnson & Johnson, Sanofi-GSK und AstraZeneca unterzeichnet und die Sondierungsgespräche mit weiteren Unternehmen (CureVac, Moderna) abgeschlossen (EB 16/20).



Die Vertragsverhandlungen erfolgen in Umsetzung der am 17.06.2020 vorgestellten EU-Strategie für Impfstoffe gegen das Coronavirus (EB 11/20). Durch die Strategie soll ein rascher und möglichst gleichberechtigter Zugang der EU-Mitgliedstaaten zu erschwinglichen Impfstoffen gewährleistet werden. Die Strategie sieht vor, dass die Kommission im Namen der Mitgliedstaaten Verträge („Advance Purchase Agreements – APAs“) mit Impfstoffherstellern abschließt, die derzeit an aussichtsreichen Coronavirus-Impfstoffen arbeiten. Damit soll den Mitgliedstaaten im Voraus das Recht gesichert werden, die fertigen Impfstoffe zu festgelegten Konditionen kaufen zu können.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Langfristiger EU-Haushalt 2021 - 2027: Politische Einigung zwischen Europäischem Parlament und deutschem Ratsvorsitz

Der deutsche Ratsvorsitz und die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments (EP) haben am 10.11.2020 eine politische Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2021 - 2027 und das geplante Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ erzielt (siehe hierzu Beitrag des StMFH in diesem EB).

Die interinstitutionelle Vereinbarung sieht u. a. eine gezielte Aufstockung der Flaggschiffprogramme des neuen EU-Haushalts um 15 Mrd. € vor. Davon profitiert auch das neue EU-Gesundheitsprogramm „EU4Health“, dessen Mittelausstattung dem zwischen Rat und EP erzielten Kompromiss zufolge nun 5,07 Mrd. € betragen soll. Die Kommission hatte im Mai 2020 für „EU4Health“ ursprünglich eine Gesamtmittelausstattung von 9,4 Mrd. € vorgeschlagen (EB 10/20). Bei ihren Haushaltsberatungen im Juli 2020 hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs dagegen eine deutliche Mittelkürzung auf rund 1,7 Mrd. € befürwortet (EB 13/20). Die interinstitutionelle Einigung über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen muss im nächsten Schritt noch von Rat und EP förmlich bestätigt werden.

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Kommission fördert Forschungsprojekte im Gesundheitsbereich mit insgesamt 636 Mio. €

Die Kommission hat am 30.10.2020 die umfangreiche Förderung von Forschungsprojekten im Gesundheitsbereich bekanntgegeben (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB). Zum einen hat die Kommission angekündigt, sie werde für 75 Forschungsprojekte aus dem Gesundheitsbereich insgesamt 508 Mio. € aus dem derzeit noch laufenden Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 bereitstellen. Die Fördervereinbarungen sollen in den kommenden Wochen unterzeichnet werden. Die Projekte mit 1158 Beteiligten aus 58 Staaten befassen sich der Kommission zufolge u. a. mit der Entwicklung von neuen Diagnostik- und Therapiemethoden, insbesondere in den Bereichen Krebs, Erkrankungen des Gehirns und Infektionskrankheiten.



Des Weiteren hat die Kommission mitgeteilt, sie habe Fördervereinbarungen mit 23 Forschungsprojekten zur Coronavirus-Pandemie unterzeichnet. Die Projekte, an denen 344 Forschungsteams aus 39 Staaten in und außerhalb von Europa beteiligt sind, sollen insgesamt rund 128 Mio. € aus dem Programm Horizont 2020 erhalten. Die Projekte befassen sich u. a. mit der Umstellung von Produktionskapazitäten auf die Herstellung von medizinischen Gütern, der Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie sowie der Schaffung einer pan-europäischen COVID-19-Kohorte zur Verbesserung der Reaktion auf die derzeitige Pandemie und zur Entwicklung eines Modells für die Reaktion auf künftige Gesundheitsbedrohungen.

[Pressemitteilung der Kommission zu den Forschungsprojekten im Gesundheitsbereich](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht zu den neu geförderten Forschungsprojekten im Gesundheitsbereich](#) (in englischer Sprache)

[Nähere Informationen zu den geförderten Coronavirus-Forschungsprojekten](#) (in englischer Sprache)

[Übersicht zu den geförderten Coronavirus-Forschungsprojekten](#) (in englischer Sprache)

Schlussfolgerungen zur Reform der Weltgesundheitsorganisation und weitere Beratungen zu COVID-19

Am 30.10.2020 fand eine informelle Videokonferenz der EU-Gesundheitsminister statt. Im Zentrum der Konferenz stand ein Meinungs austausch über gemeinsame Schlussfolgerungen des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zur Rolle der EU bei der Stärkung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Im Nachgang zur Videokonferenz wurden die Schlussfolgerungen am 06.11.2020 im schriftlichen Verfahren angenommen. In den Schlussfolgerungen wird u. a. eine Stärkung der Kapazitäten der WHO in den Bereichen Prävention, Vorsorge und Reaktion befürwortet, ebenso wie eine Stärkung der Unabhängigkeit, Effizienz und Transparenz, der technischen Kapazitäten und der normativen Arbeit der Organisation. Konkrete Reformvorschläge betreffen u. a. die Überarbeitung des Warnsystems zur Meldung einer gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite und die Ermöglichung von unabhängigen vor-Ort-Bewertungen der epidemiologischen Lage in Gebieten mit hohem Risiko.

Ein weiteres Thema der Videokonferenz der EU-Gesundheitsminister war das weitere Vorgehen bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie. Der deutschen Ratspräsidentschaft zufolge wurde in diesem Zusammenhang u. a. über die Koordinierung von Reisebeschränkungen innerhalb der EU und die Vernetzung der Corona-Warn-Apps gesprochen.

[Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums zur Videokonferenz](#)

[Pressemitteilung des Rates zur Annahme der Schlussfolgerungen zur Stärkung der WHO](#)

[Schlussfolgerungen zur Rolle der EU bei der Stärkung der Weltgesundheitsorganisation](#)



Videokonferenz des Europäischen Rates am 29.10.2020 zur Coronavirus-Pandemie

Am 29.10.2020 fand eine Videokonferenz der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Coronavirus-Pandemie statt (siehe hierzu Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Förmliche Beschlüsse wurden bei der Videokonferenz nicht gefasst.

Nach Mitteilung des Rates betonten die Staats- und Regierungschefs, dass Tests und Kontaktermittlung von entscheidender Bedeutung seien, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. So könne die Lage besser unter Kontrolle gebracht werden. Der Europäische Rat habe einen Gedankenaustausch darüber geführt, wie ein gemeinsamer Ansatz für die gegenseitige Anerkennung, Einführung und Verwendung von Schnelltests vorangebracht werden könnte. In Bezug auf die Ermittlung von Kontaktpersonen seien die EU-Initiative zur Interoperabilität von Coronavirus-Apps und die Arbeiten an einem einheitlichen Reiseformular („Passenger Locator Form“) besprochen worden. Ferner sei die Möglichkeit erörtert worden, die Dauer der Quarantäne zu harmonisieren. Im Hinblick auf Impfstoffe hätten die Staats- und Regierungschefs vier Hauptbereiche hervorgehoben, in denen die Zusammenarbeit ausgebaut werden könne: Gerechte Verteilung an die Mitgliedstaaten, Kriterien für die Bestimmung prioritärer Gruppen, logistische Herausforderungen sowie Kommunikation zu Impfstoffen.

[Pressemittteilung des Rates](#)

[Pressestatement von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#) (in englischer Sprache)

[Pressestatement des Präsidenten des Europäischen Rates](#) (in englischer Sprache)

EuGH urteilt zur Kostenerstattung für eine geplante medizinische Behandlung im Ausland

Der EuGH hat mit Urteil vom 29.10.2020 (Rechtssache C-243/19) entschieden, dass der Versicherungsmitgliedstaat eines Patienten diesem die Erteilung einer Vorabgenehmigung für eine Auslandsbehandlung nach Art. 8 der Patientenmobilitätsrichtlinie 2011/24/EU nicht verweigern darf, wenn in diesem Mitgliedstaat eine Krankenhausbehandlung verfügbar ist, deren medizinische Wirksamkeit außer Frage steht, dieser Patient aber aufgrund seiner religiösen Überzeugungen die angewandte Behandlungsmethode ablehnt. Eine Ausnahme gilt jedoch, wenn diese Weigerung objektiv durch das legitime Ziel gerechtfertigt ist, einen bestimmten Umfang der medizinischen und pflegerischen Versorgung oder ein bestimmtes Niveau der Heilkunde zu erhalten, und ein geeignetes und erforderliches Mittel darstellt, um dieses Ziel zu erreichen.

Dem Urteil des EuGH liegt ein Vorabentscheidungsersuchen lettischer Gerichte zugrunde. Der Sohn des Rechtsmittelführers des Ausgangsverfahrens sollte am offenen Herzen operiert werden. Diese Operation hätte im Versicherungsmitgliedstaat des Rechtsmittelführers, Lettland, durchgeführt werden können, allerdings nicht ohne Bluttransfusion. Der Rechtsmittelführer hatte diese Behandlungsmethode mit der Begründung abgelehnt, dass er Zeuge Jehovas sei, und deshalb beim lettischen nationalen Gesundheitsdienst eine Genehmigung beantragt, die es seinem Sohn gestatten sollte, geplante Gesundheitsdienstleistungen in Polen in Anspruch zu nehmen, wo die Operation ohne Bluttransfusion durchgeführt werden konnte.



[Urteil des EuGH](#)

[Pressemitteilung des EuGH](#)

EuGH urteilt zum Recht auf Zugang zu Dokumenten aus dem Arzneimittelzulassungsverfahren

Der EuGH hat mit Urteil vom 29.10.2020 (Rechtssache C-576/19 P) das Rechtsmittel eines Pharmaunternehmens gegen ein Urteil des Gerichts der Europäischen Union (EuG) zurückgewiesen. In dem angefochtenen Urteil hatte das EuG eine Nichtigkeitsklage des Pharmaunternehmens gegen einen Beschluss der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) abgewiesen, durch den einer Rechtsanwaltskanzlei auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 im Kontext eines in den USA anhängigen Gerichtsverfahrens Zugang zu einem Bericht über das Nutzen-Risiko-Verhältnis eines Arzneimittels des Unternehmens gewährt werden sollte.

In seiner Urteilsbegründung sieht der EuGH keinen Rechtsmittelgrund als gegeben an. Der Gerichtshof betont, dass die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 im Grundsatz ein sehr weitreichendes Recht auf Zugang zu den Dokumenten der EU-Organen gewähre. Die in der Verordnung geregelten Ausnahmen vom Zugangsrecht – etwa im Hinblick auf den Schutz geschäftlicher Interessen und den Schutz von Gerichtsverfahren – seien vorliegend nicht einschlägig. Auch hätten die Rechtsmittelführer nicht substantiiert dargelegt, welche Teile des streitigen Dokuments ihre Interessen beeinträchtigen könnten.

[Urteil des EuGH](#)

Kommission legt Maßnahmenpaket zu Teststrategien, Steuer- und Zollerleichterungen, Einreiseregeln und Güterverkehr im Kontext der Coronavirus-Pandemie vor

Die Kommission hat am 28.10.2020 ein Maßnahmenpaket zur Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie vorgelegt. Neben einer themenübergreifenden Mitteilung umfasst das Paket eine Empfehlung über COVID-19-Teststrategien, Mehrwertsteuer- und Zollerleichterungen für medizinische Güter, Leitlinien für Einreisen in die EU sowie Vorschläge zur Ausweitung der „grünen Spur“ im grenzüberschreitenden Güterverkehr (siehe hierzu Beiträge der übrigen Ressorts in diesem EB).

Zu den von der Kommission im Hinblick auf den Gesundheitsbereich vorgeschlagenen Maßnahmen gehört u. a. ein intensivierter europaweiter Datenaustausch zur epidemiologischen Lage und zur Situation der Gesundheitssysteme. Zudem legte die Kommission eine Empfehlung über COVID-19-Teststrategien, einschließlich des Einsatzes von Antigen-Schnelltests, vor. Die Kommission kündigte zudem die Bereitstellung von 100 Mio. € aus dem EU-Soforthilfeinstrument für die Direktbeschaffung von Antigen-Schnelltests und die Einleitung eines gemeinsamen Beschaffungsverfahrens für solche Tests an. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten außerdem u. a. auf, kompatible Apps zur Warnung und Kontaktnachverfolgung bei COVID-19-Infektionen einzuführen und diese an den EU-Datenabgleichdienst „European Federation Gateway Service“



anzubinden. Des Weiteren kündigte die Kommission an, sich weiter für die Koordinierung von Coronavirus-Impfstrategien einzusetzen.

[Mitteilung der Kommission „Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie](#)

[Empfehlung zu COVID-19-Teststrategien, einschließlich der Verwendung von Antigen-Schnelltests](#)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

Europäisches Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten legt aktualisierte Risikobewertung zur Coronavirus-Pandemie vor

Das Europäische Zentrum für die Kontrolle und die Prävention von Krankheiten (ECDC) hat am 23.10.2020 eine aktualisierte Risikobewertung zur Coronavirus-Pandemie veröffentlicht. Dem Dokument zufolge hat die Zahl der COVID-19-Infektionen im EU/EWR-Raum und dem Vereinigten Königreich weiter deutlich zugenommen; die gegenwärtige Situation stelle eine erhebliche Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar.

Zwischen dem 01.03.2020 und dem 18.10.2020 seien im EU/EWR-Raum und dem Vereinigten Königreich 4.825.350 Infektionsfälle und 202.551 Todesfälle gemeldet worden. Am 18.10.2020 habe die 14-Tage-Melderate für EU/EWR und das Vereinigte Königreich 249,8 Fälle pro 100.000 Einwohner betragen. Damit habe die 14-Tage-Melderate seit über drei Monaten eine steigende Tendenz. Die Vulnerabilität für eine COVID-19-Infektion sei nach wie vor hoch – verfügbare Studiendaten würden auf eine Immunitätsrate von <15% in EU/EWR und Vereinigtem Königreich hindeuten. Neben der epidemiologischen Entwicklung werden in dem Dokument auch Reaktionsmöglichkeiten, einschließlich nicht-pharmazeutischen Interventionen, Tests, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung angesprochen.

[Risikobewertung des ECDC \(in englischer Sprache\)](#)

Rat nimmt Neufassung der Trinkwasserrichtlinie an

Der Rat hat am 23.10.2020 den Vorschlag zur Neufassung der Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch förmlich angenommen. Wichtige Bestandteile der angenommenen Neuregelung sind aktualisierte Parameterwerte für die Trinkwasserqualität sowie harmonisierte Vorschriften über Trinkwasserkontaktmaterialien, den Zugang der Allgemeinheit zu Trinkwasser und Verbraucherinformationspflichten. Des Weiteren ist in der Novelle eine Beobachtungsliste zu neuen Verunreinigungsquellen wie etwa durch Arzneimittel, Stoffe mit endokriner Wirkung und Mikroplastik vorgesehen.

Die Kommission hatte den Richtlinienvorschlag am 01.02.2018, u. a. in Reaktion auf die erste erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht!“ („Right2Water“), vorgelegt (EB 03/18). Nach Abschluss der Trilog-Verhandlungen im Dezember 2019 hatte der Rat bereits am 05.03.2020 dem Kompromisstext inhaltlich zugestimmt (EB 05/20). Die Kommission hat in einer am 26.10.2020 veröffentlichten Mitteilung den Standpunkt des Rates akzeptiert. Im nächsten Schritt wird der Standpunkt des Rates nochmals



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU
Nr. 18/2020 vom 13.11.2020**



im Europäischen Parlament (EP) behandelt. Sollte das EP den Standpunkt des Rates ohne Änderungen billigen, kann die neugefasste Richtlinie 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten.

[Richtlinientext](#)

[Pressemitteilung des Rates](#)

[Stellungnahme der Kommission zum Standpunkt des Rates](#)



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

Bewerbung Münchens als Standort des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung

In 2021 soll das Europäische Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung seine Arbeit aufnehmen. Die Aufgaben des Zentrums sollen neben der Bündelung der Ressourcen und des Fachwissens im Bereich der Cybersicherheitstechnologie auch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Cybersicherheitsbranche der EU und die Steuerung des Mittelabflusses im Bereich Cybersicherheit der Programme „Horizont Europa“ und „Digitales Europa“ umfassen. Die Rechtsgrundlage, der Vorschlag der Kommission vom 12.09.2018 für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit in Industrie, Technologie und Forschung sowie eines Netzes von nationalen Koordinationszentren, wird derzeit im Trilog verhandelt.

Die Bundesregierung hat, unterstützt von der Bayerischen Staatsregierung, eine Bewerbung für den Großraum München als Standort des Zentrums eingereicht. München besitzt mit einer tiefen Vernetzung von Hochschulen, Forschungsinstituten und Unternehmen ein exzellentes Cybersicherheits-Ökosystem. Dazu kommt eine hohe Lebensqualität für die Experten und ihre Familien. Am 09.12.2020 soll am Rande des AStV I über den künftigen Standort des Zentrums entschieden werden. Weitere Bewerbungen haben Belgien, Litauen, Luxemburg, Polen, Rumänien und Spanien abgegeben. Die Entscheidung verlangt Einstimmigkeit und richtet sich nach Kriterien wie dem Datum der möglichen Inbetriebnahme, Erreichbarkeit, Bildungseinrichtungen und Zugang zum Arbeitsmarkt für Angehörige der Mitarbeiter, IT-Sicherheit, vorhandenes Cybersicherheits-Ökosystem und geographische Ausgewogenheit.

[Webseite des Rates zum Auswahlprozess für den Standort mit Bewerbungsunterlagen](#)

Studie zur Energieeffizienz von Cloud-Diensten und Rechenzentren

Die Kommission hat am 09.11.2020 eine Studie veröffentlicht, die aufzeigen will, wie der steigende Stromverbrauch von Cloud-Diensten und Rechenzentren begrenzt werden kann. Die Modellierung des zukünftigen Energieverbrauchs zeigt, dass der Energieverbrauch von Rechenzentren in den EU-Mitgliedstaaten voraussichtlich von 2,7 % des Strombedarfs im Jahr 2018 auf 3,2 % bis 2030 ansteigen wird bzw. sich im Vergleich zu 2018 bis 2030 um 28 % steigern wird. Der Anteil von Edge Computing am Stromverbrauch von Datenzentren wird voraussichtlich von 2 % in 2018 auf 12 % in 2025 steigen.

Es werden technische und politische Optionen aufgezeigt, wie der Anstieg des Energieverbrauchs begrenzt werden kann. Zu den technischen Lösungen gehören beispielsweise effizientere Kühlsysteme, die Wiederverwendung von Wärme, der Einsatz erneuerbarer Energien zur Versorgung von Rechenzentren und der Bau dieser Rechenzentren in kälteren Regionen. Zu den politischen Optionen gehören z. B. ein umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen, die Förderung von Transparenz und einheitliche



Indikatoren für Energieeffizienz. Die Digitalstrategie der Kommission von Februar 2020 beschreibt das Ziel, bis 2030 klimaneutrale, hoch energieeffiziente und nachhaltige Rechenzentren zu schaffen. Eine weitere Studie, die noch konkretere Umsetzungsmaßnahmen herausarbeiten soll, hat die Kommission bereits angekündigt.

[Pressemitteilung mit weiterführenden Links](#)

Kommission geht kartellrechtlich gegen Amazon vor

Die Kommission hat einen weiteren förmlichen Schritt im Kartellverfahren gegen Amazon getan und die Beschwerdepunkte übermittelt: Amazon wurde über die vorläufige Auffassung der Kommission in Kenntnis gesetzt, dass das Unternehmen durch Verfälschung des Wettbewerbs auf Online-Einzelhandelsmärkten gegen die EU-Kartellvorschriften verstößt. Die Kommission wirft Amazon vor, nichtöffentliche Geschäftsdaten von unabhängigen Händlern systematisch für das eigene, in unmittelbarem Wettbewerb mit diesen Händlern stehende Einzelhandelsgeschäft zu nutzen. Amazon habe Zugang zu nichtöffentlichen Geschäftsdaten unabhängiger Verkäufer, z. B. die Zahl der bestellten und ausgelieferten Produkte, Einnahmen, Aufrufzahlen u. a. Diese fließen nach bisherigen Ergebnissen der Kommission direkt in automatisierte Systeme, mit denen Endkundenangebote und strategische Geschäftsentscheidungen von Amazon tariert werden.

Die Kommission hat zudem ein zweites förmliches Kartellverfahren eingeleitet, um zu prüfen, ob Amazon eigene Angebote und Angebote von Verkäufern, die die Logistik- und Versanddienste von Amazon nutzen, bevorzugt behandelt (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission mit weiterführenden Links](#)